



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

30. Sitzung vom 9. Mai 2016

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Christoph Anliker

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Urs Brunner, Eduard Rietmann, Roy Ewald,
Es fehlt Gemeinderat Urs-Peter Moos, unentschuldigt

Verspätet: Philipp Spitz ab 20:15 Uhr

Präsident:

Christoph Anliker

Protokoll:

Isabelle Wilhelm

Mitteilungen des Präsidenten:

Christoph Anliker, SVP begrüsst die anwesenden Einwohnerrat/innen, Gemeinderat/innen, Vertreter/innen der Verwaltung sowie die übrigen Anwesenden. Speziell herzlich begrüsst er Patricia Kis, die neu im Einwohnerrat sitzt, als Nachrückende für den ausgeschiedenen Markus Ziegler, FDP.

Weil es die erste Einwohnerratssitzung nach den Gesamterneuerungswahlen ist, möchte er allen wieder- und neugewählten Einwohner- und Gemeinderäten gratulieren. Ihnen allen wünscht er viel Glück bei ihrer Aufgabe.

Entschuldigt haben sich: Urs Brunner, Eduard Rietmann, Roy Ewald.

Zu Beginn fehlen noch die drei Parteilos (sie treffen später in corpore ein).

Es fehlt unentschuldigt Urs-Peter Moos.

Peter Buess, Grüne und Philipp Spitz, SP, werden ebenfalls später hinzukommen.

Zu Beginn der Sitzung sind 32 Einwohnerratsmitglieder anwesend.

Christoph Anliker, Einwohnerratspräsident, SVP informiert darüber, dass die FDP den Wunsch geäussert hat, die Ersatzwahl GRPK für Markus Ziegler als zusätzliches Traktandum aufzunehmen.

Der Rat ist damit einverstanden, das Traktandum *Ersatzwahl für ein Ersatzmitglied GRPK* wir an zweiter Stelle behandelt.

Es wurden keine Vorstösse eingereicht.

1. Genehmigung des Protokolls vom 11.4.2016
2. **Ersatzwahl eines stellvertretenden GRPK-Mitglieds** **201**
für die restliche Legislaturperiode bis 30.6.2016
3. **Ergebnisse Testplanung Dorf - Vision Dorfzentrum** **162**
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.3.2016:
Schulraumplanung, Neubau Schulhaus und Kindergärten Dorf **198**
Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.3.2016:
Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung (Fairness – Initiative) **199**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.3.2016:
Postulat G. Löhr, SP und S. Keller, SVP: Mobile Jugendsozialarbeit **186**
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
7. **Postulat SP und Grüne / EVP: Konkretisierung der gesetzlichen Grundlagen zur konsequenten Umsetzung des Verbots sexistischer Plakatwerbung** **187**
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
8. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 11.4.2016

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Inzwischen hat sich die Anzahl der Ratsanwesenden auf 36 erhöht, die drei Parteilosen sind eingetroffen.

Traktandum 2

Nr. 201

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Stefan Kaiser, FDP, schlägt das neue Einwohnerrats- und Fraktionsmitglied Patricia Kis als Ersatzmitglied vor.

STILLE WAHL

://: Für die restliche Amtsperiode wird Patricia Kis, FDP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Nr. 162

Ergebnisse Testplanung Dorf - Vision Dorfzentrum

Eintretensdebatte

Pascal Treuthardt, FDP erklärt, dass die FDP-Fraktion mässig glücklich ist, mit der Testplanung. Die ganz grossen originellen Würfe fehlen. Die Dogmen der Zusammenlegung der Gemeindeverwaltungen, so dass alle Abteilungen am selben Ort sind, und der Platz des neuen dritten Schulhauses, auf dem Platz, der aus historischen Gründen gegeben ist, hält die FDP für weniger originell, weil diese von allen drei Architektenbüros gleich gewählt wurden. Das Empfinden war entsprechend, dass drei Mal dieselbe Testplanung in leichter Abwandlung ausgearbeitet wurde. Dennoch ist er froh um die kreativen Aspekte, die es rund um die Abänderungen gibt. Aufgrund der Komplexität und der Wichtigkeit und der Langfristigkeit schlägt die FDP-Fraktion eine 11-er Spezialkommission vor, da das Thema ein Längerfristiges sein dürfte und nicht von der BPK behandelt werden kann. Die sonstigen Antragsteller werden ihm nicht folgen, merkt er an.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP bezeichnet die Vorlage als Erzeugnis von sehr kreativen Menschen. Ihre Fraktion hat die Vorlage mit Interesse gelesen. Topografie, Geschichte und Einbindung des Verkehrs, auch des Langsamverkehrs, wurden in die vielen Vorschläge gut einbezogen, kommentiert sie die Vorlage. Sie bedauert, dass der Einwohnerrat und der Gemeinderat in gewissen Punkten offenbar aneinander vorbeigeredet haben. Der Einwohnerrat hat an der Sitzung, als das Geschäft überwiesen wurde, Synergien gewünscht, zwischen den Projekten Schulraum und auch Verwaltungserneuerung. Die Rednerin zitiert aus dem Zwischenbericht der Spezialkommission Schulraumplanung vom 20.1.2015. Demnach haben die Spezialkommission und der Einwohnerrat dem Bericht zugestimmt, sowie grosse Flexibilität der Schulhausarchitektur gewünscht, was Raumaufteilung, Nutzung, Ausbaubarkeit, Erweiterung und Umnutzung betrifft. Diese Flexibilität aus den vorliegenden Ideen ist heute nicht ersichtlich. Ein Schulhausneubau lässt später kaum mehr eine andere Nutzung des Gebäudes zu. Der Vorschlag der Spezko und auch die Voten der Einwohnerrätinnen- und Räte der damaligen Sitzung sind nicht ausreichend in die Testplanung eingeflossen, findet sie. Gemäss der Auskunft eines Jurymitglieds anlässlich der Präsentation der drei Varianten lautete der Auftrag des Gemeinderats an die Planungsbüros: Ein Neubauschulhaus und ein Neubau oder Erweiterung der Verwaltung. Das entspricht ihres Erachtens nicht ganz dem

Willen des Einwohnerrats, der den Auftrag kundgetan hat. Sie glaubt, dass der Auftrag des Gemeinderats an die Büros eindeutig zu eng gefasst worden sind. Deshalb sind die Vorschläge nun auf dem Tisch. Sie vermisst die Option einer Erweiterung des Pestalozzi-Schulhauses, die gar nicht geprüft wurde, die Kapazität wäre vorhanden. Den Anträgen 1 und 3 des Gemeinderats folgt ihre Fraktion Grüne / EVP, Antrag 2 kann jedoch so nicht beschlossen werden. Zuerst müsste dafür die politische Diskussion über die Grundlagen der Planung geführt werden. Wo wollen wir was und wo? Gibt es dazu einen Konsens? Ohne Definition der Grundlagen und der politischen Entscheide der Grundlagen, kann nicht weiter geplant werden. Zu den Grundlagen hat die Grüne / EVP folgende Inputs: Auf keinen Fall ein Schulhausneubau zwischen den bestehenden Schulhäusern Pestalozzi und Margarethen. Die Fraktion wünscht sich eine Alternative für einen Neubau oder Ausbau eines Schulhauses am Rande des Dorfplatzes; entweder einer Erweiterung des Pestalozzi oder vielleicht sogar ein Schulhaus an der Stelle der jetzigen Gemeindeverwaltung. Die einzige Option bei den drei Varianten mit Synergienutzung ist jene, dass die Gemeindeverwaltung ins Postgebäude verlegt wird. Weiter soll die Turnhalle unterirdisch gebaut werden, analog Variante 1, aber mit bestmöglichem „Naturlicht“. Dann muss es genügend Aussenraum geben für die Kinder, auch muss der Dorfplatz möglichst quadratisch bleiben, für Veranstaltungen wie Markt, Konzerte u. ä. Wenn diese Punkte nicht berücksichtigt werden können, wird ihre Fraktion nicht zustimmen können. Zuerst muss klar definiert werden, wo der Weg hinführt und der politische Konsens muss gefunden und klar dargelegt werden. Ansonsten redet man aneinander vorbei und setzt möglicherweise noch mehr Geld für eine nicht abgestützte Planung in Sand. Ihre Fraktion möchte das verhindern und spricht sich für einen Konsens und für klare Grundlagen aus, betreffend *weitere* Planung.

Inzwischen trifft Peter Buess ein, somit sind 36 Personen im Rat anwesend.

Thomas Hafner, CVP bekundet, dass seine Fraktion den Bericht mit grosser Freude gelesen hat. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die zusammenfassenden und klaren Berichte, aber auch beim Stadtplanungsbüro YellowZ für das Zusammenstellen des ausführlichen Dossiers „Testplanung Dorf“, sowie auch den drei beauftragten Architekturteams, Harry Gugger Studio Basel, EMI Architekten Zürich und Sauter Von Moos Architekten Basel. Für die interessanten Ideen, Gedankenspiele und Zukunftsvisionen. Es hat sich für seine Fraktion bestätigt, dass es sich am 9. Februar letzten Jahres gelohnt hat, dass Empfehlungen für eine solche Testplanungen entstanden sind und dass man „hartnäckig“ genug war um zu sagen, man möchte das Primarschulhaus nicht an der Wassergrabenstrasse bauen, worauf es zurückgestellt wurde. Alle Teams haben bei der Gesamtplanung eine zukunftsorientierte Schule und Zentrumsentwicklung aufgezeigt. Die Vision „Dorfzentrum“ soll dem Gemeinderat in Zukunft helfen, die Weichen für eine weitere Planung richtig zu stellen. Er gibt an, dass er aufgrund der bisherigen Voten nicht sicher war, ob der Rat nicht schon beim nächsten Geschäft war. Ihm geht es momentan nur um die Anträge des Gemeinderats. Er ist mit dem vorliegen der Resultate der Überzeugung, dass der Auftrag zur Testplanung der richtige Entscheid war. Seine Fraktion wird dem Antrag 1 sowie dem Bericht und den Erkenntnissen der Testplanung zustimmen. Zum Antrag 2. Der alte Text soll nicht so übernommen werden. Das heisst: Im alten Text soll der Passus „*unabhängig von einem Standortentscheid Schule*“ gestrichen werden. An der Stelle soll es heissen: „*Der neue Schulstandort soll im Dorf sein*“. Zum Antrag 3, beim alten Text soll der Passus „... – *je nach Entscheid über den Standort Schule*... – gestrichen werden. Dagegen soll es neu heissen: „*Der Gemeinderat legt die nächsten Planungsschritte in einem separaten Geschäft dem Einwohnerrat vor.*“ Zusammengefasst gesagt stimmt seine Fraktion Antrag 1 zu, den anderen Anträgen jedoch nur mit dem vorgehend genannten, abgeänderten Text.

Gabriela Vetsch, SP beschreibt ihre Fraktion als „erfreut“ über die Ergebnisse. Es ist spannend, was vorliegt, in den drei Planungsideen. Auch lässt es noch relativ viel Raum, bei dem, was man sonst noch damit machen kann. Die SP hat versucht, das Positive darin zu sehen. Es wurde aber auch festgestellt, dass das Ganze noch „gummig“ ist, Vieles ist noch gar nicht bestimmt, alles ist noch sehr vage, wenn auch interessant. Ihre Fraktion erwartet, dass nach weiteren Schritten, die Sache als Zwischenvorlage wieder in den Einwohnerrat kommt. Für einige Sachen benötigt es politische Entscheide, bevor man sie in eine Kommission geben kann. In dem Punkt sieht es die SP etwas anders als die FDP. Man hätte gerne vorher einige politische Entscheide, anschliessend kann man es in eine Kommission weitergeben und beraten. Besonders gefreut hat die SP, dass der Raum zwischen den beiden Verkehrsachsen gestalteteter ist, bei

allen drei Vorschlägen. Die Idee hat die SP bei den Wahlen gebracht. Es ist schön, dass es nun dazu eine direkte Idee gibt. Zusätzlich hat die SP noch einige Anliegen und möchte diese – protokollhalber – an der Stelle erwähnt haben: Bei der Gestaltung soll viel Grün eingeplant werden, es darf mindestens so viel sein, wie von den drei Planern vorgeschlagen. Es soll Wert darauf gelegt werden, dass es wirklich einen oder sogar mehrere Plätze gibt, die man für Märkte oder ähnliche Anlässe nutzen kann. Das ist wichtig. Es braucht eine gute Durchmischung von Arbeiten, Einkaufen, Wohnen und es braucht nicht nur Schulraum. Es sollten alle Generationen berücksichtigt werden, im Sinne von Generationenbegegnungsraum und auch ganz besonders Erholungsräume für ältere Menschen. Die SP schätzt das ganze als positiv ein, deshalb wird die Fraktion allen drei Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Urs Weber, SVP bezeichnet das Projekt als interessant. Seine Fraktion findet Antrag 2 als schwammig formuliert. Man weiss nicht, wohin das „Züglein fährt“. Man war der Meinung, dass das Pestalozzi-Schulhaus vielleicht abgerissen wird und es dadurch mehr Platz gibt. Auch, dass man in der Mitte des Dorfplatzes einen grünen Flecken hat, mit einem Weg dazwischen. Seine Fraktion hat grosse Fragezeichen – vielleicht bringt es etwas, wenn man es in eine Kommission bringt, vielleicht kann auch der Gemeinderat gewisse Antworten liefern. Beim Punkt 3 der Anträge ist zu erwähnen, dass man sich für einen Standort entscheidet, was wichtig ist. Es macht Sinn, Geld in die Hand zu nehmen und aus dem Dorfplatz etwas zu machen. Das meiste wurde gesagt, aus dem Grund machen Wiederholungen auch keinen Sinn, schliesst der Redner.

Roger Moll, Parteilos, möchte nicht wiederholen, was er am 9. Februar gesagt hat, im Zusammenhang mit der Testplanung. Als erstes geht der Dank an die drei Testplaner inkl. der Fachjury. Er ist nicht begeistert über die Schlaufe mit der Testplanung. Und zwar deshalb nicht, weil man eigentlich seit „vorgestern“ ein Schulhaus haben sollten, Punkt 1. Dass der Standort nun schon vor der Sitzung so festgelegt wurde, dass sich der Gemeinderat mehr oder weniger entschieden hat, das Schulhaus Dorf als erste Priorität zu nehmen, gegenüber dem anderen Standort „Wassergraben“, erstaunt ihn ebenfalls. Zur Ausgangslage der Testplanung: Dass gesagt wird, dass das Schulhaus, das zwischen den beiden anderen Schulhäusern gebaut werden soll, historisch bedingt ist, darüber staunt er, wenn man andere Gebäude als nicht historisch anschaut, wie bsp. das Imhof-Haus. Zweitens wirft beim Standort Dorf als Zentrum folgendes Fragen auf: Der Standort Dorf wird als Zentrum angegeben. Wenn man den Perimeter vom gesamten Gemeindebann berücksichtigt, dann ist das Zentrum das Spiegelfeld. Dass der Dorfplatz mit dem heutigen Standort und den heutigen Voten als erste Priorität angegeben wird, dafür hat er Verständnis. Dass die zweite Priorität Schulhausplanung Dorf sein soll, dazu kann er auch ja sagen. Aber dass das Ganze als Zentrumsfunktion gestaltet werden soll, wirft für ihn bei allen drei Objekten der Testplanung Fragen auf. Von der Gestaltung her, vom neuen Platz mit dem neuen Schulhaus mitten drin, erscheint ihm die ganze Zentrumsfunktion als fragwürdig. Zur Schulraumplanung: Was ihn erstaunt ist, dass heute das Traktandum „Schulraumplanung“ nicht auf der Beratungsliste steht. Aus seiner Sicht ist....

Zwischenruf des Ratspräsidenten, der ihn korrigiert, da das Traktandum auf der Beratungsliste steht

Roger Moll entschuldigt sich für den Irrtum.

Roger Moll fährt in seiner Rede fort, dass der Standort Dorf für seine Fraktion grundsätzlich in Ordnung ist, vorausgesetzt, der Standort ist dort, wo das Pestalozzi-Schulhaus steht. Denn wird der Standort dorthin verlegt, müsste so oder so einen Projektwettbewerb gemacht werden, daraus könnte die Gestaltung aufgrund der einzelnen Projekten gemacht werden. Das Schulhaus als solches sollte periphr sein. Seine Fraktion ist gegen die Überweisung in eine Spezialkommission, wie es sie die FDP vorgeschlagen hat. Weitere Schlaufen verträgt das Ganze nicht, aus Kosten- und Termingründen. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass heute entschieden werden sollte, ob man das Schulhaus Dorf planen möchte oder ob der Standort Wassergraben eine zweite oder dritte Priorität hat. Er stellt den Antrag dass das Dorfschulhaus noch heute soll resp. es muss heute darüber entschieden werden, mit der Auflage eines Standortwechsels anstelle eines Standortes zwischen den beiden Schulhäusern. Für das Pestalozzischulhaus war vorgesehen, dass es renoviert werden muss, dass ein Lift eingebaut werden muss. Somit können die Kosten eingespart werden und ein schneller Entscheid darüber, ob das Schulhaus gebaut werden soll, ist möglich.

Jürg Humbel, FDP weist darauf hin, dass die Ziffer 1 eine Kenntnisnahme ist, über die nicht abgestimmt werden kann, weshalb es keinen Sinn macht, dazu Voten abzugeben.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, verweist darauf, dass der Rat Ziffer 1 trotzdem zur Kenntnis nehmen muss.

Daniel Zimmermann, FDP erläutert, dass er entgegen seiner Fraktion der Meinung ist, dass es keinen Sinn macht, das Geschäft in eine Spezialkommission zu überweisen. Wie weit der politische Auftrag letztes Jahr gelaute hat und ob der Rat das richtige bestellt hat oder vielleicht auch nicht ganz klar formuliert hat, vermag er im Nachhinein nicht mehr zu beurteilen. Er möchte im Rat erwähnen, dass die Testplanung in der Würdigung der Resultate ein sehr gutes Resultat gebracht hat. Die Testplanung hatte den Auftrag, die Machbarkeit von Kuben und räumlichen Entwicklungen von verschiedenen Arbeiten darzustellen. Er glaubt, dass das bei allen drei Projekten gelungen ist. Es hat aufgezeigt, dass man damit auf dem richtigen Weg ist und dass es in der Machbarkeit möglich ist, weitere Schritte einzuleiten. Für ihn ist es müssig in einer Testplanung über Architektur und Turnhallen unterirdisch und Tageslicht-Einfall von der Seite und Gartenspielflächen zu diskutieren. Das wird vermutlich in einem nächsten Schritt der Wettbewerb bringen. Für ihn ist die Testplanung in der Gesamtwürdigung eine gute, ja sogar eine sehr gute, Grundlage für den Wettbewerb, den die Gemeinde aufgleisen möchte. Wie schon sein Vorredner ist auch er der Meinung, dass man keine Zeit mehr verlieren darf, für die Einleitung der weiteren Planungsschritte. Wir brauchen die Objekte, die Entwicklung und Projekte und wir müssen jetzt und auch mit dem nächsten anstehenden Geschäft, die Kredite erteilen. Er möchte in dem Sinne das Durcheinander mit den Anträgen etwas entflechten helfen. Er möchte dazu der SP beipflichten, die alle drei Anträge so durchwinkt. Man ist damit auf gutem Wege, dass man ein gutes Resultat erhält, im Wissen, dass man unter extremem Zeitdruck steht.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bittet Roger Moll an seinen Rednerpult, da er (der Ratspräsident) Fragen zum Antrag von R. Moll hat.

Gaida Löhr, SP bescheinigt ihrem Vorredner – im Gegensatz zur restlichen FDP – dass Vieles auch ihre Meinung deckt. Sie erinnert, dass es bereits eine Spezko gibt und es reichlich seltsam wäre, eine Neue ins Leben zu rufen. Die Spezialkommission ist ja zum Schluss gekommen, dass Grundsatzentscheide im Rat gefällt werden müssen und ohne Grundsatzentscheid kann eine Kommission nicht arbeiten. Wenn man das Geschäft jetzt wieder für einen Grundsatzentscheid zurück gibt, dann bedeutet das ein Leerlauf. Die Rednerin hält fest, dass während sich Daniel Zimmermann der SP anschliesst, ist die SP jetzt auf dem Weg zur FDP. Die SP überzeugt, dass man klar hin nimmt, dass der Standort Dorf eigentlich der Standort der SP ist, allerdings auch ganz klar mit dem Auftrag, zu klären, wie weit - Klammer auf: und damit wäre sie bei Roger Moll – Klammer zu - wie weit andere Standorte auf dem Dorfplatz möglich sind, als nur jener zwischen zwei Schulhäuser. Es ist ein Wehrmutstropfen, dass es nur ein Standort Schulhaus gibt.

Die SP wird grossmehrheitlich die Anträge der CVP unterstützen.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP möchte einen kurzen Abschnitt aus dem Bericht der Spezialkommission vorlesen, es geht um die Schlussfolgerung: „Spezialkommission kommt zum Schluss, dass der Gesamteinwohnerrat das weitere Vorgehen bestimmen muss. Dabei geht es noch nicht zwingend um eine definitive Entscheidung für einen Standort (das war im Januar, fügt die Rednerin an) sondern insbesondere um die Frage, ob ein Konzept Dorfplatz mit Berücksichtigung zusätzlichen Schulraumbedarfs vorab erarbeitet werden soll. Ohne dies scheint der Kommission eine Variante Dorf nicht sinnvoll. Es liegt nicht in der Kompetenz einer Spezialkommission dies zu entscheiden. Und ohne einen solchen Grundsatzentscheid macht eine Arbeit in der Kommission keinen Sinn. Der Grundsatzentscheid ob der Standort Dorf prioritär weiterverfolgt werden soll, sollte möglichst rasch erfolgen, damit die einzelnen Vorlagen (usw.) eine nachhaltige Synergie für die verschiedenen Bereiche in der Gemeinde ergeben“. Soweit also die Schlussfolgerung der Spezko. Eine Überweisung in eine Spezko ohne Grundsatzentscheid im Rat bzgl. Standortwahl, macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

Thomas Hafner, CVP möchte sich zur erwähnten Kommission äussern. Er bezeichnet es als „völligen Blödsinn“ das Geschäft in eine Kommission zu geben. Viele der gehörten Voten kommen ja erst noch im nächsten Geschäft Nr. 198 zur Sprache. Im vorliegenden Geschäft aber geht es eigentlich nur - in Anführungs- und Schlusszeichen - darum, dass der Rat den Bericht zur Kenntnis nimmt. Bei den anderen beiden Anträgen, kann man ja auch bestimmen. Es steht nirgends, „wie genau“ das geplant ist, denn das kommt erst später, im nächsten Geschäft. Zum Standort „Dorf“ heisst es ja gar nicht, dass der Standort zwingend zwischen den beiden alten Schulhäusern sein muss, sondern es geht darum, dass es einen Wettbewerb gibt. Was aber der Wettbewerb bringen könnte, das weiss niemand. Der Votant möchte sich dafür aussprechen. Er hat seine Anträge schon deponiert. Alles andere kommt ja in einer nächsten Phase.

Daniel Zimmermann, FDP versteht das ganz Antragswirrwarr nicht. Er wäre froh, wenn man seitens CVP den konkreten Antrag nochmals vorlesen werden könnte, denn, Punkt 1 eine Kenntnisnahme ist, Punkt 2 sich mit der Würdigung der Testplanung, deckt, die möglichst die Machbarkeit aufgezeigt hat im Bereich Dorf und Umgebung. Er möchte es jetzt nicht als Dorfplatz bezeichnen sondern als Dorfplatz oder Umgebung. Wenn man den Perimeter der Testplanung noch in Erinnerung hat. Das dritte ist obsolet, weil es eigentlich de facto dem Geschäft 198 entspricht. Deshalb versteht er gar nicht, über was man noch diskutiert.

Thomas Hafner, CVP möchte die Anträge vorlesen. Er gibt seinem Vorredner bezüglich Antrag 3 insofern Recht, dass es nicht nötig gewesen wäre. Jedoch steht es auf dem Papier. Liest Antrag 2 vor: *Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag, die vorliegende Testplanung als Grundlage für die weitere Planung zu nutzen.* So weit so gut, kommentiert der Redner. Was nicht gut ist: *„unabhängig von einem Standortentscheid Schule“*, das möchte seine Fraktion nicht. Dort hätte man lieber: *Der neue Schulstandort soll im Dorf sein.* Aber wo im Dorf, das steht woanders geschrieben. Liest aus Antrag 3 vor: *Der Gemeinderat legt – und jetzt kommt der störende Passus je nach Entscheid über den Standort Schule – dieser Passus soll gestrichen werden, die nächsten Planungsschritte in einem separaten Geschäft dem Einwohnerrat vor.* Es geht nur darum, dass man gewisse Passus etwas ändert, dann ist es für seine Fraktion gut.

Daniel Zimmermann, FDP möchte beliebt machen, dass die CVP aus dem zweiten Antrag zwei separate Anträge macht und den ersten Teil so belässt, sowie auch, dass sie die Standortfrage Dorf als zusätzlichen Antrag bringt.

Peter Heiz, FDP bekräftigt mit einem Satz, zum Punkt 3, dass die FDP niemals einem Geschäft zustimmen wird, das schon jetzt den Schulstandort festlegt und zementiert.

Roger Moll, Parteilos gesteht, dass er sich in einer Zwickmühle befindet. Soll er einen Kompromiss vorschlagen, dergestalt, dass man dem CVP-Antrag im ersten Antrag zustimmt? Er unterstreicht, dass eine weitere „Schlaufe“ und ein nochmaliges „hin-und-her-und-her- und-hin“ terminlich und kostenmässig schlichtweg nicht mehr tragbar ist. Seinen Antrag bezeichnet er als absolut konkret. Er gibt - würde der Antrag angenommen – dem Gemeinderat heute schon die Kompetenz bereits morgen schon einen Projektwettbewerb zu starten. Wenn der Rat seinem Antrag zustimmt, dann übernimmt er die Verantwortung, dass der Rat so schnell als möglich ein Schulhaus möchte. Und wenn der Rat dem CVP-Antrag zustimmt, warnt er, macht der Rat nochmals eine Schlaufe. Es liegt ganz in der Verantwortung des Rats. Er jedenfalls, hält an seinem Antrag fest.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker verweist darauf, dass es schwierig ist, an seinem Antrag festzuhalten, weil er ihn ja noch gar nicht vorgelesen hat.

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäfts. Es wurde bemängelt, dass gewisse Sachen in der Testplanung gefehlt haben. Sie verneint dies. Es gab klare Vorgaben, dass Schulhäuser auch abgerissen werden können. Das wurde explizit den Teams mitgegeben. Sie haben aber alle unabhängig voneinander das Pestalozzi-Schulhaus als erhaltenswert erachtet. Es handelt sich um Vorschläge und nicht um Tatsachen, die in Stein gemeisselt sind. Diesbezüglich wurden

also Vorgaben gemacht. Zum Vorwurf der fehlenden Flexibilität punkto Nutzung, Raumaufteilung. Das ist Bestandteil des nachfolgenden Wettbewerbs. In der jetzigen Testplanung ist es um die Machbarkeit gegangen. Ist es machbar, dass im Dorf, im Perimeter Dorf, ein Schulhaus erstellt werden kann, das auch funktioniert? Es wurde auch speziell Wert darauf gelegt, dass geprüft wird, ob die Durchmischung Wohnung, Schule, Gewerbe und Freizeit, sowie Markt und das Kunstrasenfeld stimmt. Das wurde alles diskutiert. Wie aber die genaue Raumaufteilung ist, das ist eine andere Flughöhe, die im Wettbewerb eingefordert werden kann. Es ist wichtig, dass der Einwohnerrat, nach dem Entscheid über den Standort, seine Erwartungen und Inputs auch klar äussert. Danach kann ein passender Wettbewerb ausgeschrieben werden. Auch der Standort zwischen den beiden bestehenden Häusern steht zur Diskussion. Mehrere Fraktionen und Fraktionslose haben geäussert, es muss ein anderer Standort sein. Das kann alles im Wettbewerb eingeplant werden. Die Gemeinderätin möchte beliebt machen, dass man sich beim zweiten Antrag nicht schon auf den Standort fixiert, weil die Testplanung ja nicht nur für das Schulhaus sondern auch für die Kindergärten im Dorf, für die Entwicklung der Verwaltung etc. ein notwendiges Hilfsmittel ist. Es soll Grundlage sein für den späteren Wettbewerb. Aus dem Grund möchte sie beliebt machen, dass man im zweiten Antrag nicht schon den Standortentscheid fällt, denn das kommt beim nächstfolgenden Geschäft zum Tragen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte nochmals betonen, dass es um zwei verschiedene Geschäfte geht. Das eine ist die Testplanung Dorf, die eigentlich losgelöst von der Standortfrage Schulhaus-Dorf behandelt werden sollte. Im nächsten Geschäft aber geht es dann wirklich um die Schulhausplanung und um die Anträge eines Wettbewerbs etc. bei dem man heute Abend gerne einen Entscheid des Rats hätte. Also bitte, plädiert der zuständige Gemeinderat, beschäftigen Sie sich nicht schon beim ersten Geschäft Testplanung Dorf mit der Schulhausfrage, sondern tun Sie dies vielmehr im nächsten Geschäft, wo es auch tatsächlich um die Standortfrage Schulhaus geht.

Peter Heiz, FDP gewinnt allmählich den Eindruck, dass der ganze Rat in der Zwickmühle steckt. Und zwar deshalb, weil die Geschäfte 198 und 199 eigentlich fast nicht voneinander zu trennen sind. Im Gegensatz zum Gemeinderat ist er der Ansicht, dass man sich im Geschäft 198, in den Punkten 2 und 3 nicht festlegen kann. Vielmehr denkt er dass man jetzt auf das Geschäft 198 hinüberschwenkt und danach zurückkommt aufs Geschäft 162. Der Redner bekundet, dass er nicht weiss, ob die parlamentarische Ordnung zulässt ein solches Vorgehen zulässt und ob das parlamentstechnisch möglich ist.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP hat noch Verständnisfragen zum nachfolgenden Geschäft, bei dem ein Wettbewerb ausgeschrieben werden soll. An Mirjam gerichtet, möchte die Rednerin wissen, ob der Rat eigentlich dann verpflichtet ist, ein Siegerprojekt umzusetzen? Ihr geht es darum, dass es ja immer die grosse Frage ist, wo sich die Politik einklinken kann, um noch mitbestimmen zu können bzw. ab wann „es läuft“ und die Politik dann nichts mehr zu Sagen hat. In dem Geschäft ist es ihr ein Anliegen, dass sich der Rat sehr früh einklinkt. Die beiden Geschäfte kann man nicht isoliert betrachten. Bei der Dorfplanung muss man wissen, wo das Schulhaus einst stehen wird. Das heisst, der Entscheid müsste bei dem Geschäft schon vorhanden sein, für die weitere Planung. Eine weitere Verständnisfrage zum Wettbewerb; wie ist es mit der Verpflichtung? Wie wird das bei der Ausschreibung definiert? Und der Standort, der als Grundlage für den Wettbewerb da sein müsste? Sie erinnert, dass sie vorher gesagt hat, der Rat „schwaddere“, denn er hat keine Grundlage und muss über wichtige Sachen entscheiden. Das empfindet sie als sehr schwierig bei den beiden Geschäften.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, möchte die Frage von Peter Heiz beantworten: „Von der Beratung, Paragraph 39, Absatz 2, nach Eintretensbeschluss wird über jede Bestimmung bzw. über jeden Antrag beraten und beschlossen“. Entsprechend kann man nicht einfach so hin- und her switchen, erklärt der Ratspräsident.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP nimmt Stellung zu den Fragen von Rahel Bänziger. Es ist im zweiten Geschäft angedacht, dass man ein Perimeter absteckt. Innerhalb des Perimeters wird das Raumprogramm definiert, sprich man kann eigentlich tabula rasa machen und alles neu aufbauen. Am Ende spielt es eine Rolle, was es kostet. Von daher ist im Wettbewerb nicht definiert, dass das Schulhaus zwischen den beiden anderen Schulhäusern stehen muss. Man hat schon im Vorfeld in einer anderen

Machbarkeitsstudie drei andere Standorte am Standort Dorf geprüft. Jetzt sind drei Teams zu einem Schluss gekommen, nämlich das Schulhaus mitten hinein zu stellen. Wenn man jetzt einen Wettbewerb veranstaltet, dann ist die Frage wieder offen, man beginnt wieder bei null, der Perimeter und die Nutzungen werden festgelegt. Jedes Team beginnt von neuem. Es sind nicht unbedingt dieselben Teams wie bisher. Es wird ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben und neu gestartet. Fragen wie Flexibilität etc. können dann konkreter beantwortet werden, weil es dann ein Projektwettbewerb ist. Bisher ist es eine Testplanung gewesen auf einer sehr hohen Flughöhe, bei der aber solche Fragen noch gar nicht beantwortet werden konnten. Das wird man in einem zweiten Schritt machen können ohne dass man ein Präjudiz vorgibt, dass die Schule genau dort stehen muss. Das Pestalozzi kann man noch immer abreißen lassen, wenn man möchte, das ist nicht vorgegeben. In der Testplanung waren es drei Teams. Es gab keine Gewinner. Im nächsten Schritt ist es ein Projektwettbewerb, bei dem ein Sieger ausgerufen wird. Dann ist die Frage, ob es umgesetzt wird oder nicht. Das Geschäft kommt dann zur Beratung wieder in den Einwohnerrat. Dieser kann das Geschäft dann auch wieder zurückweisen. Der Wettbewerbssieger wird von einer Jury ausgerufen und dann fließt das ganze in den politischen Prozess.

Christoph Maier, FDP erinnert, dass der Rat am 9. Februar 2015 ein Beschluss gefasst hat, gemäss dem man bezüglich der Schulraumplanung das Geschäft Wassergraben zurückstellen möchte, bis weitere Resultate vorliegen. Anschliessend sollte eine Spezialkommission mit der Arbeit der Schlussberatung beauftragt werden. Dann wurde die Testplanung in Auftrag gegeben - er zitiert: „... gleichen Verfahren soll mit einer Gegenüberstellung Vor- und Nachteile eines Schulhausneubaus am Standort Wassergraben versus Neubau und Schulraum-Ergänzung am Standort Dorf aufgezeigt werden“. Der Redner entschuldigt sich dafür, dass er jetzt damit ins nächste Geschäft geht. Aber er vermisst schlicht und einfach in der Testplanung die Beantwortung von diesen Fragen. Es tut ihm auch leid, dass er den Anträgen der CVP nicht folgen kann, auch jenen der anderen Anträge in dieselbe Richtung. Ihm fehlen die Grundlagen, um sagen zu können, dass man vorwärts machen kann, mit Projektwettbewerb und Schulhausbau, Testplanung etc. Hingegen die ganz grundlegenden Fragen / die weiter oben als Entscheidungsgrundlage vom Rat gefordert wurden, diese politische Frage – wird jetzt vom Gemeinderat einfach vorweg genommen. Es tut ihm leid, aber das kann er so nicht akzeptieren.

Severin Brenneisen, war bisher der Meinung, er kann etwas zur Entwirrung beitragen. Inzwischen ist er sich dessen aber nicht mehr ganz sicher (Gelächter). Im Geschäft 162 ist der Antrag 1 zur Kenntnisnahme, was allen klar sein dürfte, da es noch relativ einfach ist. Antrag 2, dass man von der Testplanung, diese als Grundlage für eine weitere Planung nutzen kann, dass diese Resultate geprüft und genutzt werden, das ist für ihn eine logische Schlussfolgerung dieser Testplanung. Wie man sie nutzt, steht hier nicht. *Unabhängig von einem Standortentscheid Schule*, zitiert der Redner und folgert, dass dies doch genau der FDP entgegen kommt, die gesagt hat, sie möchte das heute noch nicht entscheiden. Das kann man bis jetzt gutheissen. Der Antrag 2 lässt ja genau dies offen. Punkt 3. *Je nach Entscheid über die Standort Schule* – gibt es einen nächsten Planungsschritt. Auch das ist richtig. Niemand kann sagen, dass das falsch ist. Je nachdem zu was der Rat kommt, gibt es doch einen nächsten Planungsschritt. Deshalb die Frage, weshalb wehrt man sich in dem Geschäft 162 so stark? Er findet, dass es sich um relative offene Formulierungen handelt, bei denen man noch sehr viel hineinbringen kann, jeder Einzelne. Und das kann man mehr oder weniger gutheissen. So seine Meinung.

Silvia Bräutigam, CVP ist namens ihrer Fraktion der Ansicht, dass über den Standort am heutigen Abend entschieden werden muss; entweder Dorf oder Wassergraben. Aber eigentlich wird der Antrag deshalb gestellt, dass der Standort bestimmt wird und wenn es heisst „Standort Dorf“ kann der Gemeinderat weiterfahren. Aber wenn man sagt, „unabhängig“ – was heisst das? Wie plant der Gemeinderat dann weiter? Das ist für ihre Fraktion die Frage. Ihre Fraktion kann sich gar nicht vorstellen, dass der Gemeinderat irgendetwas plant, bei dem er nicht weiss, wo es hingehört. Deshalb möchte die CVP bei dem Antrag 2, den Standort 2 drin haben.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte das Votum von Severin Brenneisen unterstützen. Es ist so, dass die Testplanung Dorf separat angeschaut wird. Man muss sich den Standortentscheid Schulhaus wie wegdenken, das kommt im nächsten Geschäft. Im Rahmen der Testplanung Dorf war ja nicht die Aufgabe die Standortfrage zu lösen für die Teams. Sondern die Aufgabe war herauszufinden, ob am

Standort Dorf alle Funktionen möglich sind. Die Teams sind nicht der Frage nachgegangen, ob ein Standort Wassergraben besser ist oder nicht. Sondern zur Standortfrage benötigt es einen politischen Entscheid, es liegt alles auf dem Tisch. Da können „x“ Teams daran arbeiten, es kommt nicht mehr dabei heraus. Von daher muss man jetzt wirklich im ersten Geschäft abstrahieren, dass die Geschäftsplanung Dorf – Sie können auch sagen, „Nein, das wollen wir nicht mehr“ und in die Schublade stecken. Dann nehmen Sie es halt einfach zur Kenntnis und machen nichts mehr damit. Es geht darum, die Testplanung wertzuschätzen und in die Zukunft zu tragen, mit weiteren Planungsschritten. Die Frage vom Standort Dorf müssen Sie im nächsten Geschäft behandeln, dann funktioniert es.

Christoph Anliker, Einwohnerratspräsident fügt an, dass man es theoretisch auch jetzt schon kann, aber das ist das, was die CVP vermutlich will, deshalb hat sie ja den Antrag auch gestellt.

Thomas Hafner, CVP kündigt an, es sehr kurz machen zu wollen. Seiner Fraktion ist es darum gegangen, dass man künftig nicht unnötig Ressourcen verbrennt für den Wassergraben-Standort.

Gaida Löhr, SP gibt an, dass es ihr ähnlich ergeht, wie Thomas (*Hafner*). Es geht um eine Grundsatzfrage und letztlich hat die Spezko die Reihenfolge vorgegeben wurde. Sie hegt durchaus Sympathien für das Gesagte von Christoph Maier. Es ist ganz klar der Auftrag zu der ganzen Testplanung, dass am Anfang die Schulraumplanung steht. Deshalb ist es jetzt schwierig, dass das ganze in zwei Geschäfte aufgespalten worden ist. Ursprünglich wollte man ein Schulhaus, eine Verwaltung. Dann wurde daraus eine ganze Dorfplatzgestaltung und inzwischen wurde das auch noch gekünstelt auseinandergenommen. Es gäbe ja noch ganz viele andere Themen als nur die Schulhäuser in die Testplanung einzubringen. Und jetzt ist alles zu einer reinen Schuldiskussion verkommen, was sie persönlich schade findet.

Karl J. Heim, CVP möchte, dass jetzt über die Standortfrage abgestimmt wird. Alles weitere, die Testplanung in der Luft, standortunabhängig, ist sowohl von der Ressourcenbindung her als auch vom Zeitaufwand unschön und unpassend.

Sven Inäbnit, FDP wundert sich über die politische Kultur, wenn man im Geschäft 162 einen Entscheid will vorweg nehmen, der im nächsten Geschäft in extenso beraten und diskutiert werden soll. Er kann da nur den Kopf schütteln, über das politische Ansinnen, hier, ohne Diskussion die Standortfrage zu entscheiden, das ist Sache vom nächsten Geschäft.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker lässt über den Antrag der CVP abstimmen.

ABSTIMMUNG Antrag: Der Antrag der CVP lautet, dass der zweite Antrag des Gemeinderats wie folgt abgeändert wird: *Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag, die vorliegende Testplanung als Grundlage für die weiteren Planungen zu nutzen. Der neue Schulstandort soll im Dorf sein.*

Hinweis Stimmenzähler: Im Moment sind 37 Anwesende im Rat

Der Antrag wird abgelehnt mit:

Nein: 20, Ja: 13, Enthaltungen: 4

Der Einwohnerratspräsident verliest den zweiten Antrag der CVP, dieser lautet: *Der Gemeinderat legt die nächsten Planungsschritte je in einem separaten Geschäft im Einwohnerrat vor. Doch weil die Grundlage für eine Abstimmung darüber jetzt nicht mehr gegeben ist, fragt der Einwohnerratspräsident die CVP, ob sie den Antrag zurückzieht, worauf die CVP den Antrag zurückzieht.*

Rahel Bänziger, Grüne / EVP stellt den Antrag, dass die Anträge 2 und 3 des Gemeinderats gestrichen werden. Es handelt sich hierbei um eine Kenntnisnahme der Testplanung. Es ist klar, dass der Gemeinderat aufgrund dieser Testplanungen seine weiteren Schlüsse ziehen wird. Der Antrag 3 wird ja im nächsten Geschäft bestimmt. Sie stellt den Antrag deshalb, weil dann auch ihrer Fraktion entgegengekommen wird, die ohne Grundlage, der weiteren Planung nicht zustimmen kann. Man ist froh, wenn der Gemeinderat weiterplant. Was sie ausserdem dazu noch sagen möchte: Der Einwohnerrat nimmt das zur Kenntnis und der Gemeinderat legt die nächsten Planungsschritte in separaten Geschäften vor.

Einwohnerrat Antrag 1, nimmt es zur Kenntnis und der Gemeinderat legt die nächsten Planungsschritte vor.

Daniel Zimmermann, FDP möchte darauf hinweisen, dass die Testplanung eine Flughöhe hatte, bei der es nicht nur um Schulhäuser und Kindergärten ging. Sondern es geht um Stadt- und Raumentwicklung, um Verwaltung, Freizeit, Sport, der Zolli ist ein Thema... und das entspricht ja dem Begriff „die Planungen“. Er möchte das nicht eingrenzen, das macht überhaupt keinen Sinn. Er möchte den Antrag, so wie ihn der Gemeinderat vorschlägt, *für weitere Planungen* – das können verschiedene Planungen sein, er nimmt an, dass der Gemeinderat eine gewisse Absicht dabei hatte. Das war die Basis, die Grundlage, für die man viel Geld ausgegeben hat, auch wurde über den Kredit ein bisschen gestritten und diskutiert – am Schluss stand ein sehr gutes Resultat, es ist eine Würdigung da, für diese Arbeiten, und das ist die Basis für weitere Planungen.

Rahel Bänziger EVP / Grüne möchte aufgrund des Votums von Daniel Zimmermann ihr Votum anpassen. Sie stellt nur noch den Antrag auf Streichung des Antrags 2 des Gemeinderats.

Severin Brenneisen, SP, erklärt, dass es beim Antrag 2 darum geht, dass die Resultate der Testplanung weitestgehend nutzen soll. Was dort erarbeitet wurde, soll weiterverfolgt werden. Das ist doch sinnvoll, was soll jetzt daran nicht sinnvoll sein?

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker verweist auf den Antrag von Rahel Bänziger und lässt darüber abstimmen.

Antrag: Streichung des Antrags 2 des Gemeinderats.

Der Antrag wird abgelehnt mit

Nein: 28, Ja: 7, Enthaltungen: 2

Roger Moll, Parteilos weiss aufgrund der bisherigen Voten in Sachen Schulraumplanung nicht recht, ob es sinnvoll ist, jetzt darüber abzustimmen, oder erst bei der Schulraumplanung.

Der Einwohnerratspräsident verweist darauf, dass er ihm den Entscheid nicht abnehmen kann.

Roger Moll entscheidet sich dafür, die Abstimmung jetzt zu machen.

Antrag Schulhaus Dorf: Der Standort Schulhaus Dorf soll heute entschieden werden mit der Auflage einen Standortwechsel vorzunehmen, neuer Standort Pestalozzischulhaus abzuberechnen.

Severin Brenneisen, SP ist nicht der Meinung, dass man das jetzt vorweg nehmen soll, wenn noch nicht einmal ausgiebig darüber diskutiert wurde. Jeder im Rat soll das Recht haben, darüber ausgiebig zu diskutieren. Aber dies soll dann geschehen, wenn es um das Geschäft geht, und nicht jetzt schon, wo die Meinungen darüber noch gar nicht ausgetauscht worden sind.

Roger Moll, Parteilos gibt ihm Recht, er zieht seinen Antrag zurück und bringt ihn bei der Schulraumplanung nochmals ein.

Der Einwohnerratspräsident erinnert, dass nun noch der Antrag einer 11-er Spezko im Raum steht.

Pascal Treuthardt, FDP möchte den Antrag zurückziehen, da nicht zu erwarten ist, dass man damit auch nur annähernd eine Mehrheit erzielen wird (*Gelächter*)

- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht und die Erkenntnisse der Testplanung Dorf (Bericht von YellowZ vom 16. Februar 2016) zur Kenntnis.
(grossmehrheitlich angenommen)
- ://: 2. Der Einwohnerrat erteilt dem Gemeinderat den Auftrag, die vorliegende Testplanung als Grundlage für die weiteren Planungen zu nutzen, unabhängig von einem Standortentscheid Schule.
(25 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung)
- ://: 3. Der Gemeinderat legt - je nach Entscheid über den Standort Schule - die nächsten Planungsschritte in einem separaten Geschäft dem Einwohnerrat vor.
(32 JA, 1 Nein, 4 Enthaltungen)
-

Traktandum 4

Nr. 198

Schulraumplanung, Neubau Schulhaus und Kindergärten Dorf

EINTRETENSDEBATTE

Peter Heiz, FDP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den schönen Bericht mit sehr vielen Tabellen, Bravo. Die FDP hat sich im Vorfeld der Sitzung darüber aufgehalten, dass wesentliche Teile von dem, was beraten werden muss, bereits in der Presse im Vorfeld abgehandelt worden ist. Seine Fraktion bezeichnet diesen Vorgang als unschön. Für die Fraktion ist die Reihenfolge folgendermassen: 1. Das Parlament und erst als 2. die Presse. Auch wenn das eine sehr gute Zeitung ist, die er selbst sehr schätzt...Die FDP bringt Vorschläge zum Wohl der Kinder und aus geografischen, pädagogischen und finanziellen Gründen. Die FDP lehnt die Anträge vom Bericht des Gemeinderats 1 und 2 ab. Da die FDP nun aber eine Partei ist, die nicht nur ablehnt, sondern auch konstruktive Vorschläge macht, wird sie dem zwei neue Anträge entgegenstellen. Soviel zum Eintreten. Die FDP meldet sich später nochmals dazu.

Beatrice Büschlen, Grüne / EVP zitiert aus einem Tagungs-Flyer vom Februar, der Pädagogischen Fachhochschule Windisch zum Thema Kinder- und Jugendgerechte Freiräume: *Kinder- und Jugendgerechte sowie naturnahe Freiräume sind attraktiv und einladend, um zu Verweilen, zu Spielen und sich zu treffen. Es sind nicht nur Bildungs- und Erfahrungsräume sondern auch wichtige Orte für die Freizeit und die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Partizipative Planungen, Gestaltungen und Realisierungen solcher Freiräume fördern die Mitwirkungsschancen, die Autonomie und die Selbstwirksamkeit der Kinder. Das Erleben von demokratischen Prozessen sowie den Austausch zwischen den Generationen.* In der ganzen Schweiz werden überall Schulhäuser, Schulhausumgebungen und Erlebnisräume partizipativ und ökologisch geplant. Es ist also mehr als genug Know-How vorhanden. Die Grüne / EVP-Fraktion begrüsst es, dass der Gemeinderat an einem Schulhausneubau am Standort Dorf jetzt auch den Vorzug gibt. Turnhalle müssen wegen der Kindergärten sowieso saniert oder neu gebaut werden. Sie ist auch davon überzeugt, dass es nicht teurer sein wird, und dass die Standortvorteile überwiegen. Zum Standort Dorf hat ihre Fraktion bereits Forderungen im Einwohnerrat deponiert. Zum Beispiel für unterschiedliche Anspruchsgruppen sind Synergien mit einzuplanen. Der Schule- und Bildungsraum muss den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern entsprechen und praktikabel für Lehrpersonen sein. Kinder, Schüler und Schülerinnen haben Anrecht auf Grünflächen und unverdichtetem Boden. Auf einem Schulareal soll auch gelebt und erlebt werden. Das gehört auch zur Bildung. Fehlt der Bestandteil, dann fehlen auch Bildungsmöglichkeiten. Erwartet hat die Fraktion deshalb auch Statements zu Kinder und

bildungsgerechten Aussenplanungen auch für Schulkindern, nicht nur für Kita und Kindergärten. Deshalb die drei Teams die wichtigen Ansprüche an den Primar-Campus in ihre Ideen nicht aufgenommen haben, ist der Fraktion ein Rätsel. Studio Gugger nennt den Pausenplatz „linear“, sie selbst bezeichnet ihn als „Schlauch“. Sutter-Von Moos erwähnt den Pausenplatz gar nicht und EMI denkt nur an eine Pausenhalle. Beide befassen sich nur ausschliesslich mit Sportflächen. Jedoch nicht alle spielen gerne Fussball. Platz zum Leben und Erleben hat die Fraktion im Campus Schule nicht gesehen. Die Reduktion auf einen schlauchähnlichen Aussenplatz durch einen Klotz mitten auf dem Pausenplatz ist für die Grünen / EVP-Fraktion nicht Kinder- und Bildungsgerecht. In der Form stellt die Fraktion auch eine praktikable Pausenaufsicht in Frage. Platz für Naturboden und Schulgarten ist nicht vorhanden. Das ist nur auf einem annähernd quadratischen Platz möglich. Dasselbe gilt für die Kita's. Es darf keine Reduktion von Grünflächen geben. Und das jahrelange Manko von Grünanlagen bei den Kindergärten im Dorf muss korrigiert werden. Es fehlen Synergievorschläge mit Robbie-Spielplatz und einem Jugendtreff bsp. für Mittagstisch und Nachmittagsbetreuung, das lässt sich jetzt terrassenförmig eigentlich auch gut realisieren. Die Realisierung der unterirdischen Zweifachturnhalle in Verbindung mit der terrassenähnlichen Topografie hat die Fraktion überzeugt, auch als Verdichtung. Wichtig ist dabei der natürliche Lichteinfall. Auf dem Dach könnten auch Schulhausneubauten zum bsp. längsseits des Schutzes Matten entstehen oder auch am Rand des Dorfplatz-Perimeters. Oder als Ausbau-Erweiterung des Pestalozzi-Schulhauses, was bereits erwähnt wurde. Die Grüne /EVP stimmt Antrag 1 zu. Beim Antrag 2 kann ein Planungskredit zustimmen, wenn die Aussenflächen entsprechend dem Fraktionsvotum Beachtung geschenkt wird für das Primarschulhaus, a) quadratisch, genug gross und vielfältig für eine gesunde Entwicklung für Kinder- und Jugendliche, Schul- und Bildungsgerecht, und wie erwähnt, kein Klotz in der Mitte. Für den Architekturwettbewerb sollen Planer und Architekten eingeladen werden, die Erfahrung haben mit partizipativ- und ökologisch gestalteten Planungen für Primarschulhäuser und eine Anforderung an Aussenräume haben. Primarschulhäuser stellen andere Anforderungen wie Kindergärten und Sekundarschulhäuser. Ihre Fraktion ist offen für eine Überweisung in eine Spezialkommission, in die Schulraum-Spezko beispielsweise, aber es ist nicht zwingend nötig. Mutig etwas auch einmal für Kinder und Jugendliche zu tun, ist auch für die Zukunft Binningens von Vorteil.

Severin Brenneisen, SP unterstützt namens seiner Fraktion die beiden Anträge des Gemeinderats. Ein Neubau ist für seine Fraktion unumstritten. Er ist froh darüber, dass der Gemeinderat aufgrund der Ergebnisse der Testplanung zum Ergebnis gekommen ist, dass das Dorf favorisiert werden soll, der Wassergraben dagegen etwas ins Hintertreffen kommt. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass mit dem Standort Dorf besonders auch die Neubauten im Gebiet Dorenbach einen guten Anschluss haben, an die schulischen Leistungen und einen vertretbaren, nahen Schulweg. Auch die übrigen Plätze, die es braucht für den Markt, das Freiraumkonzept, d. h. Spielplatz, Begegnungszone vor der Gemeinde usw. gut und genug integriert werden können, wenn es gut durchdacht wird. Ob das neue Schulhaus nun zwischen die beiden anderen zu stehen kommt, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht entschieden werden. Auch dann nicht, wenn alle drei Testplaner zu dem Ergebnis gekommen sind. Seine Fraktion ist der Ansicht, dass die Anträge des Gemeinderats unterstützt werden sollen, so dass es vorwärts geht. Auch dass damit begonnen werden kann, das Dorfzentrum umzugestalten, mit einem neuen Schulhaus.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich beim Gemeinderat für die Vorlage. Zum Neubau eines Schulhauses bemerkt er, ist seine Fraktion immer der Ansicht gewesen, dass der Standort Wassergrabenstrasse aus verschiedenen Gründen nicht der geeignete Standort sei. Sei es aus Platzgründen, wegen der engen Parzelle oder auch wegen des nicht sonderlich attraktiven Schulwegs. Der Kinderablieferungsdienst per Auto würde an dem Standort häufiger ausfallen, als am zentral- und verkehrstechnisch gut erschlossenen Dorfzentrum mit den ÖV Hauptlinien. Es gibt sehr viele Gründe, wie auch in diesem Vorstoss vom Gemeinderat erwähnt. Seine Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat gerade mithilfe der Testplanung zur Einsicht gekommen ist, dass der Standort Dorf insgesamt einen höheren Mehrwert schafft als die Variante Wassergrabenstrasse. Auch die damalige Dringlichkeit ist inzwischen mit den bewilligten Provisorien ein bisschen zurückgestuft worden, so dass es ein bisschen Luft gibt, für ein durchdachtes Konzept. Die Resultate der Testplanung haben gezeigt, dass es sich lohnen kann, mehrere Ideen von Pla-

nungsbüros vorführen zu lassen. Auch seine Fraktion erachtet einen Projektwettbewerb für einen Schulhausneubau mit Turnhallen und Kindergärten im Dorf mithilfe der drei Büros als gute Idee. Bei den Kosten gibt die Fraktion zu, dass sie noch etwas unerfahren ist. Der Redner kündigt an, später nochmals auf die Frage zurückkommen zu wollen, im Sinne von wie sich die halbe Million zusammensetzt, was sich der Gemeinderat dazu für Gedanken gemacht hat. Im Grossen und Ganzen hat man ja mit dem Garderobengebäude Spiegelfeld auch gute Erfahrungen gemacht. Zum Punkt 2.5., wo ja die Totalkosten mit ca. CHF 27 Mio. als Beispiel aufgeführt sind. Hier lautet die Frage, ob die halbe Million für den Wettbewerb und die 1,5 Millionen für das Projekt schon darin enthalten sind oder noch hinzukommen. Die CVP-Fraktion folgt den beiden Anträgen des Gemeinderats und stimmt beiden Anträgen zu.

Urs Weber, SVP findet, dass das meiste schon gesagt ist und er sein Votum deshalb kurz halten möchte. Die SVP-Fraktion stimmt den beiden Anträgen des Gemeinderats zu.

Roger Moll, Parteilose meint, wer im Zusammenhang mit der Bewertung der Kinder, die im Dorf resp. im Spiegelfeld in die Schule gehen, die Tabelle studiert, stellt fest, dass beide Standorte eigentlich gleichwertig sind. Man könnte genau so gut einen Fünfliber in die Luft werfen und entsprechend „Kopf- oder Zahl“ den Standort festlegen. Es ist immer die Rede davon, dass das Dorfschulhaus zentral ist. Das ist es eigentlich nicht. Es ist periphr, es ist in Richtung Basel. Zentral ist das Spiegelfeld, wäre das Wassergraben. Das kommt auf Seite 5 zur Geltung, wo die zentrale Lage beschrieben wird, dass eine gute Schulanbindung besteht mit dem Wassergraben, kosteneinsparend ist es auch, weil die Turnhallen ja schon vorhanden sind. Es sind keine Verknüpfungen mit anderen Projekten vorhanden. Alles ist vorhanden, der Pausenplatz, die Infrastruktur. Der Wassergraben ist aus seiner Sicht, der ja kein Lehrer ist, die bessere Wahl. Nun hat man die Prioritäten bereits auf den Standort Dorf gelegt. Aus seiner Sicht ist es einfach wichtig, dass man so schnell als möglich zu einem Schulhaus kommt und damit einhergehend einen Projektwettbewerb realisieren kann. Er kündigt an, dass der Moment, seinen vorab erwähnten Antrag vorzubringen, demnächst kommen wird.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die positive Aufnahme des schwierigen Geschäfts. Er erwähnt, dass der Einwohnerrat nicht zum ersten Mal mit einem Schulhausneubau beschäftigt ist. Er hofft, dass man langsam aber sicher auf die Zielgeraden kommt. In Stellungnahme zu den Grünen / EVP, *Bea Büschlen*, antwortet er, dass man in der Testplanung nicht im Detail ist bzw. Mitwirkung und Freiräumen, die Qualifizierung der verschiedenen Freiräume ist sehr grob gemacht worden. Das wird im nächsten Schritt präziser angegangen. Der zuständige Gemeinderat bedankt sich für die Tipps. Zu den Kosten: Die 500 000 Franken betreffen den Projektwettbewerb, der aus verschiedenen Bestandteilen besteht. Zum einen muss das Büro beauftragt werden, der den Wettbewerb begleitet. Andererseits hat man einen Wettbewerbspreis, den man ausgeben muss, im Vergleich zum Standort Wassergraben – dort war im Preis enthalten Bauprojekt Plus/Minus 20 Prozent, was jetzt nicht drin ist. Und was jetzt da drin ist, sind noch die Kindergärten. Das Volumen ist grösser zum Planen und deshalb ist auch der Betrag höher. Die erwähnten CHF 1,5 Mio. sind wirklich der nächste Schritt Plus / Minus 10 Prozent Baukosten-Genauigkeit. Und das erfordert bei dem Volumen den Aufwand. Da kommt man dann in einem nächsten Schritt, mit dem Preisschild. Aber im Moment müsste man 500 000 Franken haben, um den Projektwettbewerb zu starten und durchzuführen. Zum Standort Wassergraben: Es ist schon so, dass die Dringlichkeit der Schule am höchsten ist. Es spielt keine Rolle, wo das Schulhaus steht, hauptsächlich sofort. Aber am Standort Wassergraben ist es so, dass es nur einen Klassenzug gibt, was auch so bleibt. Am Standort Dorf gibt es zwei Klassenzüge, was schulintern gewisse Synergien gibt und dann auch Synergien mit anderen Nutzungen, sprich Gemeindeverwaltung oder Vereine. Da bietet der Standort Dorf viele mehr Möglichkeiten und der Standort Wassergraben ist eher Satellit. Ein Klassenzug vergleichbar mit dem Neusatz. Deshalb hat sich der Gemeinderat für den Standort Dorf entschieden.

Peter Heiz, FDP hält fest, dass die FDP schon etwas mehr zu sagen hat, als dass sie ankündigt, zwei Anträge bringen zu wollen. Jedoch wollte er sich vorher in der Eintretensdebatte ans Prinzip der Kürze halten und „schwupps – bisch scho hindedry“! Die FDP setzt sich vehement für den Standort Wasser-

graben ein. Sie erachtet das als pragmatische Lösung, als eine vernünftige Lösung im Interesse der Schülerschaft. Meine Damen und Herren, das Schul- Standort-Problem ist ein dringendes Problem. Die Container und andere Provisorien sind keine Lösungen mehr. Im ganzen Bericht des Gemeinderats steht kein Wort dazu, dass nicht auch das Wassergrabenschulhaus zentral liegen soll. Im Gegenteil. Er hat sich gestern persönlich vor Ort ein Bild der Lage gemacht. Er stellt fest, dass dort oben eine wahrlich rege Bautätigkeit stattfindet, rund um den zukünftigen Standort Wassergraben. Es gibt in der ganzen Vorlage keinen Einwand gegen den Schulweg, auf dem die Primarschüler und Kindergärten im Spannungsdreieck zwischen Schulhaus - Schulhaus-Standort und Eltern, die ja immer wieder zu Diskussionen Anlass geben. Hier fürchtet der Gemeinderat offenbar keine Einwände seitens Elternschaft, in dem Sinne, dass das Schulhaus zu weit weg wäre, vom Zentrum. Der Standort Wassergraben hat den unglaublichen Vorteil, dass es dort bereits eine Turnhalle gibt. Das würde zu einer eigentlich günstigen Lösung führen. Zudem wäre der Gedanke, für einen neuen Klassenzug an einem neuen Ort, im Interesse der Kinder, bestehend. Er hat im ganzen Bericht kein einziges, pädagogisches Argument gefunden, gegen den Wassergraben. Vielmehr hätte man damit relativ bald eine gute Lösung für ein drängendes Problem. Meine Damen und Herren, der weitere Verlauf um die Integration eines Schulhauses in die Testplanung kann nicht weiter abgewartet werden. Kein Mensch weiss – wie vorher gehört – was dabei noch alles herauskommt und ob man überhaupt ein Schulhaus am richtigen Platz bekommt. Wer weiss schon, wie und wo ein Schulhaus Platz hat, auf den Plänen, mit den vier Niveaus die alle mit „S“ beginnen, wie „Schule“, „Schutzmatten“, „Sportplatz“ und „S-olli(!)“ (*Gelächter*). Im ganzen Bericht hat er zu viele weiche Argumente gefunden, zu wenig stichhaltiges, zu wenig harte Argumente in der Vorlage, die eindeutig für den Standort Dorf sprechen würden. Im Gegenteil. Wer Seite 1 vom Bericht des Gemeinderats liest, da wird gar vom „Katalysator“ eines lebendigen Dorfkerns gesprochen, tatsächlich Katalysator (!) *ereifert sich der Redner*, man soll sich das einmal vorstellen. Es wird insgesamt mit dem Standort Dorf ein höherer Mehrwert erzielt – ja, wo liegt denn dieser Mehrwert? Er selbst hat ihn in der ganzen Vorlage nicht gefunden. Das Schulhaus im Dorf soll auch ein attraktives Dorfzentrum schaffen. Dabei wäre das doch eher die Aufgabe der Märkte und der Sportveranstaltungen. Und dann der Höhepunkt: Das Dorfzentrum soll dank dem Schulhausneubau mit zusätzlichem Leben Binningen erfüllen... Meine Damen und Herren, das klingt ja wie ein Werbeprospekt für eine Waschmaschine à la „... Gugger wäscht weisser und baut weisser..!“. Seltsam auch, dass in der Testplanung stillschweigend quasi durch die Hintertür von allen Planern das Schulhaus einfach ins Dorf gelegt wird. Seine Fraktion kann dem nicht zustimmen. Die FDP spricht sich mit Vehemenz fürs Szenario 3 aus, in dem schönen Bericht. Das heisst also, für den Bau des Wassergrabens. Dort würde auch dafür gesorgt, dass es genügend Veloabstellplätze gibt (Schmuntzeln im Saal), wenn auch nicht für „Atomvelos“. Seine Fraktion findet es eine gute Sache, dass dort für einen Klassenzug der 1. – 6. Klasse Raum geschaffen wird, inklusive Kindergärten. Ob denn im Dorf noch vier Kindergärten nötig sind, ist eine andere Frage, die zu debattieren wäre. Die FDP lehnt die Anträge 1 und 2 ab und stellt dem 2 neue Anträge entgegen, sie liegen dem Ratspräsidenten vor. Der Gemeinderat soll das Projekt Wassergraben weiter ausarbeiten und zweitens, seine Fraktion wünscht, dass die Spezko Schulraum reanimiert wird. Im Zwischenbericht der Spezko vom 20.1.2015 steht immerhin, Zitat: *Das Geschäft Nr. 230 wird vorerst zurückgestellt und die Spezko nimmt nach der Gesamtplanung Dorf die Arbeit wieder auf*“. Dort möchte seine Fraktion mittels der bestehenden Spezko, die nie aufgelöst worden ist, weiter machen. Also, FDP pro Wassergraben und pro Reanimation von Spezko.

Daniel Zimmermann, FDP teilt die Meinung seines Fraktionskollegen nicht, aus finanzpolitischer Sicht der verschiedenen Standorte. Dann muss fairerweise dazu gesagt werden, dass bei der Variante Wassergrabenstrasse auch die bestehende Turnhalle sanierungsbedürftig ist und es hochgerechnet werden muss. Das spricht eigentlich für den Antrag 1 der FDP, den er durchaus mittragen kann. Das man die Variante Wassergrabenstrasse bruttomässig aufrechnet und damit wirklich einen echten Vergleich bekommt zu den Wettbewerbsresultat, über die später beschlossen wird. Also wenn die Standortfrage heute nicht geklärt wird und mitlaufen soll, dann aber in einer gleichwertigen Betrachtung mit gleichen Vergleich, gleicher Basis, gleicher Sanierungsstandart. Man könnte auch noch über den Nutzungswert eines neuen Objekts und von einem bestehenden Objekt hochrechnen. Dann würde vielleicht die finanzpolitische Sicht noch etwas anders aussehen, als mit der vorliegenden Darstellung. Er ist nach wie

vor überzeugt, dass in der Gesamtbetrachtung zu Schulbetrieb, Schulform, Entwicklung Dorfplatz, Zentrumsfunktion und alle diese viel diskutierte Faktoren, der Standort Dorfplatz besser ist, so seine persönliche Meinung. Und deshalb auch das Votum aus seiner persönlichen Sicht. Anschliessend möchte er vom Gemeinderat wissen, ob es sich hier um einen öffentlichen Wettbewerb handelt oder ob eingeladen wird mit vorentschiedenen Büros. Das geht aus der Vorlage nicht hervor.

Beatrice Büschlen, Grüne / EVP die pädagogischen Vorteile sind in der Vorlage nicht ganz ersichtlich, bekennt sie gegenüber Peter Heiz. Als Bildungsrätin möchte sie ihm jedoch dazu ein paar Antworten liefern. Die Wassergrabenstrasse mit einem Klassenzug: Das Schulhaus ist dort eingeklemmt, Aussenflächen werden sehr bescheiden sein, Platz für Kindergärten gibt es nicht. Der bestehende Handballplatz fällt weg, es wird im Spiegelfeld wahrscheinlich auch keinen Ersatz für diesen geben. Ein Schulhaus mit einem Klassenzug ist pädagogisch ungeschickt, weil zwei Klassenzüge mit den neuen Bildungsformen mit den pädagogischen Teams viel besser nutzen, dies ist mit nur einem Klassenzug nur eingeschränkt möglich. Man kann auch keine klassenübergreifenden Projekte machen. Es ist sehr aufwändig, mit anderen Klassen, Klassenschuljahre die andere Schulhäuser besuchen gehen. Und last but not least, Schnellschüsse können teurer sein.

Gaida Löhr, SP möchte ebenfalls zuhause von Peter Heiz antworten. Zur Spezko möchte sie präzisieren, dass diese klar abgeklärt hat, ob der Dorfplatz machbar ist. Demnach ist er machbar. Die Vorteile des Dorfplatzes sind – Peter Heiz findet ja offensichtlich, dass ein Schulhaus den Dorfplatz nicht belebt – dass es Kinder und Eltern sind, die sich dort extrem häufig aufhalten, auch am Nachmittag und gegen Abend. Es ist also durchaus eine Belebung, widerspricht die Rednerin Peter Heiz. Was auch wichtig ist, ist der Umstand, dass das Schulhaus neben dem Wassergraben, das Mühlematt verkauft wurde. Damit wollte man Sekundar und Primar definitiv entflechten. Jetzt aber will man sie wieder zusammenlegen. Und dies, obwohl alle glücklich über die Entflechtung waren. Sie hat zu einer extremen Beruhigung geführt, sowohl im Spiegelfeld als auch im Mühlematt. Jetzt würde man sie wieder zusammen tun, mit der gleichen Turnhalle. Man hat mit dem Margarethen eine Aula, das hätten die im Wassergraben nicht. Man müsste eine solche erst bauen. Es gibt also auch Sonderräume, die auf dem Dorfplatz vorhanden sind, die später nicht da wären. Auch das ist für sie ein relativ wichtiges Argument für den Dorfplatz. Die plötzliche Hetzerei...wer in der Sekundarschule schon einmal die heutigen Container gesehen hat wird feststellen, dass sie nichts mehr zu tun haben mit dem, was man sich im Allgemeinen vorstellt unter den Begriffen „Baracken und Container“. Sie hat noch von keinem Lehrer gehört, dass er dort drin nicht gerne unterrichtet. Die Container sind absolut tipptopp. Die Hetzerei ist wirklich nicht so wahnsinnig dringend. Damit möchte sich die Rednerin nochmals ganz vehement für den Dorfplatz einsetzen.

Thomas Hafner, CVP möchte an die Adresse von Peter Heiz bekräftigen, dass am Standort Wassergraben nur ein Klassenzug Platz hat. Am Standort Dorf hätten deren zwei Platz. Vorher wurden die Kosten in die Diskussion gebracht. Auch er spricht sich für Kostentransparenz aus. Aber beim Punkt 2.5. wurde beim Standort Wassergraben bei der Turnhalle einfach ein „O“-Strich gemacht, was natürlich nicht der Realität entspricht. Alle wissen, dass die dortige Turnhalle früher oder später saniert werden muss. Ob die Turnhalle den heutigen Ansprüchen genügt. Das ist ja eine, die man in drei Teile teilen kann, das möchte er auch hinterfragen.

Peter Heiz, FDP möchte das nicht alles so unbeantwortet im Raum stehen lassen. Zunächst möchte er zum Votum Stellung nehmen, bei dem gesagt wurde, dass das Schulhaus eingeklemmt werden soll. Darauf möchte er entgegnen, dass, wenn ein Schulhaus eingeklemmt wird, dann wäre dies allenfalls das Dorfschulhaus, zwischen den bestehenden Schulhäusern und den Neubauten, die dort allenfalls in Planung sind. Im ganzen Bericht sieht er keine Synergien, die dadurch genutzt werden sollen. Er sieht darin keinen Nachteil, wenn mit einem allfälligen Wassergraben zwischen den Klassenzügen eine Luftlinie von 300, 400 Metern liegt. Und zum Stichwort „Schnellschuss“ möchte er entgegnen, dass dies gar nicht stimmt. Bis das Schulhaus definitiv ausgearbeitet ist, vergeht einige Zeit. Das Geschäft kommt dann wieder in den Rat und dann könnte man allenfalls noch korrigieren, falls etwas schief laufen würde. Auf

das Votum von Gaida Löhr möchte er antworten, dass, wenn eine Schule die Rettung des Dorfcharakters übernehmen soll, dann ist die Schule – seiner Meinung nach – diesbezüglich überfordert. Und auch die Nähe vom Wassergraben zum Spiegelfeld empfindet die FDP-Fraktion natürlich nicht als Nachteil. Schon gar nicht kann davon gesprochen werden, dass in einer grossen Hetzerei ein neues Schulhaus hingestellt werden soll. Das ist sicher auch nicht der Fall.

Philipp Spitz, SP kann es nicht vermeiden, dem Rat Einblick in seine Notizen zu gewähren. Er ist hin- und hergerissen, ob er mehr weichen Argumenten oder warmer Luft folgen soll. Das eine ist die Bautätigkeit, die offenbar auf dem Hügel stattfindet. Er selbst wohnt in der Nähe des Stamm-Areals und stellt fest, dass dort sehr viel gebaut wird. Möglicherweise wird unterschätzt, wieviel kleine Schülerinnen und Schüler dort in die Schulen und Kindergärten gehen werden. Diese Aussage hat ihn etwas erstaunt, sie ist nicht falsch, aber er ist darüber erstaunt. Zur Preisdifferenz, die Kollege Hafner angesprochen hat; das Leimental bzw. Binningen erhält eine neue Turnhalle – das findet er gut, auch für die Vereine und Sportvereine. Das ist eine gute Botschaft, wenn man den Standort Dorf nimmt. Für ihn ganz wichtig, was er herausstreichen möchte ist, dass ein allfälliger Entscheid des Einwohnerrats bzgl. Dorf keineswegs bedeutet, dass es zwingend ein drittes Gebäude sein muss. Oder dass es ein Gebäude sein muss, wie in der Testplanung vorgesehen. Oder dass es sich um ein Gebäude handelt, dass den Dorfplatz verstellt. Insofern sieht er überhaupt keinen Grund, dem Antrag der FDP zu folgen.

Rahel Bänziger, Grüne / EVP möchte fragen, wie weit der Perimeter beim Antrag 2 definiert ist. Und zweitens, zum Projektwettbewerb: Die Testplanung hat gezeigt, dass eine Möglichkeit jene ist, dass das Schulhaus am jetzigen Standort der Gemeindeverwaltung zu bauen und die Verwaltung ins Postgebäude zu verlegen. Das würde dann mit der Dorfplanung zusammengehen. Erhalten die Planer, die das Projekt planen, die Informationen ebenfalls bzw. welche Informationen erhalten sie? Eine Bemerkung an die Adresse von Peter Heiz bzgl. Liegenschaften. Angenommen man würde in einigen Jahren das Schulhaus nicht mehr benötigen, dann hätte man an der Wassergrabenstrasse ein alleinstehendes Schulhaus, für sechs Klassenzüge. Eine Umnutzung wird schwierig sein, ein Verkauf wahrscheinlich unmöglich. Ein Schulhaus aber auf dem Dorfareal, das nicht mehr genutzt wird, hat grössere Synergiemöglichkeiten für eine Nutzung eines leer werdenden Schulraumes.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP nimmt Stellung zu den Voten und Fragen. Bezüglich Wassergraben: Hier kommt man nicht darum herum, Kindergärten am Standort Dorf zu realisieren. Noch immer sind zwei Kindergärten provisorisch untergebracht an der Postgasse und an der Amerikanerstrasse. Der vierte Kindergarten ist in einer Privatliegenschaft an der Bruderholzstrasse. Das Konzept ist, dass man Kindergärten an die Standorte der Primarschulen holt. Daher kann man nicht darauf verzichten, am Standort Dorf noch vier Kindergärten zu bauen. Zum Perimeter des Projektwettbewerbs. Wer in den Empfehlungen der Testplanung anschaut, auf Seite 65, sieht – rot eingefärbt – 1 Perimeter Primarschulcampus, was den Bereich vom Margarethenschulhaus, Pestalozzischulhaus, Margaretheturnhalle und Sportfeld umfasst. Es beinhaltet nicht den Bereich der Gemeindeverwaltung. Jedoch kann auch dieser Perimeter noch angepasst werden. Der Gemeinderat meint dazu, dass er in dem Perimeter die Aufgabe erfüllen kann. Für die Durchführung des Wettbewerbs ist angedacht, eine Präqualifikation zu machen, sprich, kein offener Wettbewerb mit hunderten von Eingaben je nachdem, sondern dass sich Teams bewerben müssen. Aus den Bewerbungen werden bsp. dann acht – das ist aber noch nicht konkret bestimmt – ausgewählt. Zu den Sondernutzungen an den verschiedenen Standorten hält der zuständige Gemeinderat fest, dass an jedem Standort eine Aula gebaut werden wird. Auch gibt es eine Mittagsbetreuung. Es ist nicht so, dass am Standort Wassergraben nur Schulräume zur Verfügung gestellt werden, sondern es wird auch Werkräume geben. Kurzum, das ganze Programm wird an beiden möglichen Standorten gleich behandelt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der FDP

Antrag, anstelle von Punkt 1: Der Gemeinderat soll das Projekt Wassergraben ausarbeiten.

Der Antrag wird abgelehnt mit
Nein: 26, Ja: 9, Enthaltungen: 2

Somit erübrigt sich der zweite Antrag der FDP, wie die Fraktion bestätigt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Roger Moll, Parteilos:

Der Standort Dorfschulhaus soll/muss heute entschieden werden mit der Auflage einen Standortwechsel vorzunehmen. Neuer Standort Pestalozzischulhaus abbrechen.

Rahel Bänziger Grüne / EVP bittet Roger Moll, den Antrag abzuändern auf andere, alternative Standorte, ausser der gehörten festgelegten, dann könnte sie dem Antrag auch folgen. Aber so wie er jetzt formuliert ist, dass also vorweggenommen wird, dass man abbrechen muss, findet sie einschränkend, schliesslich gibt es ja noch andere Möglichkeiten.

Philippe Spitz, SP findet den Antrag interessant, allerdings versteht er nicht, was er soll. Ihm fehlt die Begründung. Aber einfach im Rat jetzt zu entscheiden, das Schulhaus abzubauen, findet er etwas „gschpässig“.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker liest die Begründung vor: Es ist vorgesehen, das Pestalozzischulhaus zu renovieren. Gleichzeitig ist vorgesehen, ein Lift ein- anzubauen. Diese Kosten können mit einem Standortwechsel des Dorfschulhauses eingespart werden.

Severin Brenneisen, SP bezeichnet die Hinweise als sicher wichtig und richtig. Er möchte jedoch vorschlagen, dass man sie im Projektwettbewerb als Bestandteil integriert und dass die Kosten dort aufgelistet werden. Danach sieht man, in welche Richtung es geht. Aber dass man jetzt heute bereits so weitgreifende Entscheidungen fällt, findet er etwas mager.

Roger Moll, Parteilos erklärt, dass man sowieso einen Projektwettbewerb ausschreiben müssten, mit einem Standort Pestalozzi. Die drei Testplanungen bieten einige Ideen, die man allenfalls einfließen lassen kann in die Umgebung des Projektwettbewerbs für das Schulhaus Standort Pestalozzi. Damit erzielt man planerisch und von der Nutzung her in Sachen Verschieben des Standorts eine höhere Akzeptanz als für das sogenannte Dorfzentrum. Aus dem Grund ist der Antrag etwas spezifisch auf den Standort so festgelegt. Wenn der Gemeinderat bereit ist, in die Wettbewerbsbedingungen einzubauen, dass der Standort Pestalozzi auch möglich ist, dann zieht er den Antrag zurück.

Sven Inäbnit, FDP weiss nicht, ob es eine Minderheitenmeinung gibt, in der FDP. Jedenfalls ist die FDP der Meinung, dass es genau in diese Richtung geht, wie eben von Roger Moll skizziert. Er möchte an der Stelle ein klares Statement vom Gemeinderat festgehalten haben, dass das Pestalozzischulhaus nicht in Stein gemeisselt stehen zu bleiben hat. Keinesfalls nicht primär sagen „abreissen“. Aber die Diskussion bzgl. Testplanung und dem, was gar keine andere Nutzung als ein Schulhaus vorsieht, dem kann die FDP so einfach nicht zustimmen. Er möchte hören, dass der Gemeinderat die Offenheit ganz klar an Tag legt, bei dem Projektwettbewerb, dass das Pestalozzischulhaus nicht in Stein gemeisselt so bleiben soll. Drei Klötze an dem Ort sind für seine Fraktion undenkbar. Er hört bereits jetzt schon die Lehrerschaft einst jammern, dass sie von Schulhaus zu Schulhaus pilgern muss. Dann steht man wieder vor derselben Situation von Synergien nutzen und allenfalls baulicher Massnahmen. Er wünscht das ganze grossräumiger anzuschauen und eine verbindliche Antwort des Gemeinderats. Denn dann bräuchte es den Antrag von Roger Moll vielleicht gar nicht und die Sache wäre dennoch im Sinne aller geregelt.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP antwortet, dass das Pestalozzischulhaus nicht in Stein gemeisselt wurde. Die Vorgabe ist ein Perimeter plus ein Raumprogramm. Innerhalb dessen sind die Planer frei in ihrer Arbeit. Die bisherigen drei Planer haben gesagt, sich möchten aus historischen Gründen, die beiden Schulhäuser stehen lassen und noch ein drittes dazwischen stellen. Aber die neuen Teams gehen

das nochmals neu an und werden das genau prüfen. In der Testplanung hat man die Strukturen nicht so genau angeschaut, wie es dies im Projektwettbewerb sein wird. Dort werden die Strukturen des Pestalozzischulhauses genau geprüft und die Erschliessung braucht es noch. Vielleicht reisst man es ab, die Fragen müssen in dem Projektwettbewerb geklärt werden. Der Gemeinderat gibt sicher nicht vor, dass ein drittes Schulhaus genau dort dazwischen gebaut wird. Dass das Pestalozzischulhaus stehen bleiben muss, ist keine Vorgabe.

Beatrice Büschlen Grüne / EVP insbesondere an Roger Moll gerichtet erinnert sie, dass auch ihre Fraktion Alternativen aufgezeigt hat, in ihrem vorherigen Votum. Nicht nur wurde dabei die Option des Abreissens des Pestalozzi erwähnt, sondern auch jene der An- oder Umbauen oder sogar die Nutzung der Turnhalle. Das wurde hiermit protokollarisch erfasst, der Gemeinderat wird die Idee bestimmt nutzen.

Daniel Zimmermann, FDP, wie von Sven Inäbnit gehört, findet er es wichtig, dass man, wenn man der-einst einen solchen Kredit spricht, auch eine gute Lösung dafür bekommt. Eine, bei der alle erdenklichen Varianten und Möglichkeiten aufgeführt sind. Der Wettbewerb wird – davon ist er überzeugt – mit diesen acht Bewerbern, in der Präqualifikation garantiert in diese Richtung gehen. Er bezeichnet sich als nicht weit entfernt vom Antrag von Roger Moll. Er hat vorher in den Anträgen gehört, dass es noch eine Spezialkommission gibt, die etwas eingeschlafen ist. Dementsprechend wäre seine Überlegung – und dies jetzt als konkreter Antrag, noch dazu bei den grossen Honorarkosten – weshalb soll man dieser Spezialkommission das Wettbewerbsprogramm, die Wettbewerbsbedingungen nicht vorlegen, damit man im Rat oder in der Spezko auf die Frage, wie das formuliert ist, besser eingehen kann. Der Redner stellt den Antrag, dass man das Wettbewerbsrahmenprogramm der Spezko zur Prüfung vorlegt. Damit kann der Einwohnerrat sicherstellen, dass er kein Wunschprogramm erhält und dass er entsprechend eine zielgerichtete Projektarbeit bestellen darf.

Gaida Löhr, SP möchte in die ähnliche Richtung hin votieren, hat aber noch eine kleine Nachfrage. Ganz zu Beginn hat der Gemeinderat gesagt, dass er verschiedene Standorte am Dorfplatz geprüft hat. Es wäre ja noch spannend gewesen, wenn man die Resultate dieser Prüfung bzgl. Machbarkeit auch bekommen hätte. Dann, bei der Antwort von Philippe Meerwein, möchte sie ergänzen, dass es nicht nur darum geht, dass der Perimeter offen ist und das die Planer machen können was sie möchten. Sondern es geht auch darum – und dafür gibt es viele Stimmen im Rat – dass auch wirklich andere Standorte geprüft werden. Die Ausschreibung müsste entsprechend so gemacht werden, dass auch andere Standorte erscheinen. Die Testplanung hat gezeigt, dass man dreimal dasselbe hat und „das kann es ja nicht sein“. Das scheint ihr wichtig. Den Antrag von Daniel Zimmermann findet sie auch gut.

Rahel Bänzige, Grüne / EVP möchte hören, ob der Gemeinderat bereit ist, den Perimeter zu erweitern. Denn wenn man auf Seite 65 blättert und nur das 1 als Primarschule Campus-Perimeter anschaut, dann kommt man vielleicht planerisch auf gar nichts anderes als auf die drei Klötze in einer Reihe. Sie möchte beliebt machen, dass man noch im Wettbewerb den Perimeter erweitert und zwar ums 2, Postgasse, Baslerstrasse und auch ums 4, so dass auch andere Ideen einfließen können. Ausserdem hegt sie grosse Sympathien für den Antrag ihres Vorredners, dass die Wettbewerbsbedingungen in der bestehenden Spezko angeschaut werden.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte gewisse Missverständnisse aus dem Weg räumen und erklärt: Grundsätzlich kann man Tabula rasa machen. Der Gemeinderat hat zusammen mit der Verwaltung extra vor der Testplanung Erhebungen gemacht a) welche Gebäude sind geschützt, welche Gebäude sind mit Auflagen behaftet. Und zum Zweiten wurden auch die Grundlagen bestehender Bauten hervorgesucht, gibt es doch auch bauliche und statische Rahmenbedingungen. Ein dritter Punkt ist, dass man alles machen kann, schwieriger wird es, wenn es um Enteignungen geht. Man kann Gespräche führen, aus der Testplanung haben Sie gewisse Ideen mitbekommen, es benötigt sicher weitere Gespräche. Das man aber für den ersten Schritt, für die Realisierung von einem Schulhaus, den Weg der Enteignung ins Auge fassen, ist vielleicht eher ein schwieriger Schritt, der auch nicht empfehlenswert ist. Gedanken,

dass auch im Perimeter drin, die Gemeindeverwaltung ins Auge gefasst werden kann, wie auch die bestehenden zwei Schulhäuser, wie auch weitere Flächen bis hin zum Gedanken der Turnhalle, ist alles zulässig. Den Gemeinderat hat es genauso wie sie selbst erstaunt, dass die drei unabhängigen Büros zur selben Grundidee gekommen sind, wo das Schulhaus dereinst hinsoll. Und dies, obwohl sie freie Hand hatten, Gebäude abzureissen, umzunutzen oder diese zu erweitern. Wie gesagt, im nächsten Schritt gehen neue Teams an die Arbeit. Der Gemeinderat ist sehr daran interessiert, die Gedanken und Voten aus dem Rat mit auf den Weg zu nehmen und im Pflichtenheft einzuflechten. Der Gedanke, dass der Einwohnerrat den Vorschlag in Form der Spezko Schulraumplanung das Pflichtenheft mit anschaut, findet er eine sehr gute Idee. Das ist auch für den Gemeinderat, eine zusätzliche Rückversicherung.

Daniel Zimmermann, FDP, erklärt, dass sich sein Votum, nach demjenigen des Gemeinderats erübrigt hat. Nach der Aussage von Philippe Meerwein bezüglich Standortwechsel möchte er sich jetzt nicht unbedingt so festlegen, dass es das Pestalozzi sein muss. Allerdings ist es wahrscheinlich gegenüber den anderen diskutierten Standorten, der beste Standort. Auch von der Gestaltung und Umgebung her. Er zieht seinen Antrag zurück aufgrund der Aussage des zuständigen Gemeinderats Philippe Meerwein.

BESCHLUSS

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst für die notwendige Schulraumentwicklung am Standort Dorf ein neues Schulhaus und sechs Kindergärten zu planen.
(29 JA, 6 Nein, 2 Enthaltungen)
- ://: 2. Der Einwohnerrat genehmigt anstelle des „Planungskredits für Schulhausneubau Wassergrabenstrasse“ (Geschäft 230/X vom 9.9.2014) einen Planungskredit für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10% für einen Schulhausneubau, Turnhalle und sechs Kindergärten im Perimeter Dorf in der Höhe von CHF 500 000 (exkl. MWSt).
(29 JA, 7 Nein, 1 Enthaltung)
- ://: 3. Das Wettbewerbsprogramm soll der bestehenden Spezialkommission Schulraumplanung zur Prüfung vorgelegt werden.
(35 JA, 2 Nein, 0 Enthaltungen)
-

Antrag FDP, Daniel Zimmermann: Das Wettbewerbsprogramm soll der bestehenden Spezialkommission Schulraumplanung zur Prüfung vorgelegt werden.

Der Antrag wird angenommen mit
Nein: 35, Ja: 2

Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung (Fairness – Initiative)**EINTRETEN**

Bettina Benthous, SP erklärt, dass ihre Fraktion die Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung geprüft und diskutiert hat. Ebenso ist sie zum Schluss gekommen, dass sich die Gemeinde Binningen der Initiative anschliessen sollte. Wie der Titel sagt, geht es um eine faire Kompensation der Gelder, die der Kanton einspart und die deshalb den Gemeinden zustehen sollten. Der Kanton hat sein Versprechen, nämlich die eingesparten Gelder an die Gemeinden weiterzugeben, nicht eingelöst. So geht man mit Versprechen nicht um und so geht man auch mit den Gemeinden nicht um. Nur weil der Kanton zurzeit in finanziellen – hausgemachten – Nöten steckt, sollen die Gemeinden - und damit einhergehend auch die Gemeinde Binningen – die fehlenden Gelder bezahlen? Trotzdem hat sich die Fraktion die Frage gestellt, ob sie gerade zum jetzigen Zeitpunkt gegen den Kanton kämpfen soll? Ist das nötig? Es sind ja bereits neun Gemeinden dabei. Die Initiative kommt sicher zustande. Wollen wir darauf verzichten, den Kanton in die Schranken zu weisen? Nein, wir wollen ein Zeichen setzen und den Druck auf die Kantone damit vergrössern. Vielleicht gibt der Kanton nach und dann ist ja die Rücktrittsklausel auch noch vorhanden. Die SP-Fraktion hat einstimmig die Ja-Parole zur Fairness-Initiative gefasst, weil man so mit den Gemeinden nicht umgehen kann.

Anand Jagtap, Grüne /EVP ist namens seiner Fraktion der Ansicht, dass es nur eine Antwort geben kann, nämlich ein geschlossenes „Ja“ zu der Initiative. In dem Geschäft geht es vor allem um eine Frage des Prinzips. Es kann nicht sein, dass der Kanton den Gemeinden neue Aufgaben überträgt ohne sie dafür finanziell zu entschädigen. Das ist zwar zuerst passiert, danach hat es aber einen kompletten Vertrauensbruch gegeben. Er persönlich meint, dass man so nicht einmal mit der sprichwörtlichen Schwiegermutter umgeht. Zuerst wurden Zahlungen an die Gemeinden festgeschrieben, dann erhielten die Gemeinden den Auftrag, entsprechend zu budgetieren, danach wurden die Rückzahlungen gestaffelt, d. h. hinausgezögert, um am Schluss wurden die Rückzahlungen insgesamt reduziert und gar für „einmalig“ deklariert. Das ganze liest sich wie ein schlechter Roman, nur dass es der nackten Realität entspricht. Deshalb stimmt die Grüne /EVP für die Gemeindeinitiative für eine faire Kompensation der EL-Entlastung. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen, dass mit den Gemeinden nicht so leichtfertig umgegangen werden kann. Und es geht darum, zu zeigen, dass sie sich wehren, wenn sie unfair behandelt werden. Seine Fraktion ist zudem der Meinung, dass die Initiative, so wie sie formuliert ist, eine faire Umsetzung, auch gegenüber dem Kanton, vorsieht und dass sie deshalb auch umsetzbar ist.

Christoph Maier, FDP ergänzt, dass die Fairness-Initiative ein kantonales Thema beschlägt. Es ist eigentlich kein Thema, mit dem sich die Einwohnerräte einer Gemeinde damit befassen sollen. Es ist in der Tat auch so, dass der Landrat zu der Thematik eingehend debattiert hat und letztlich einen Beschluss gefasst hat. Das wäre die richtige Ebene, um über die Frage zu entscheiden. Es ist – mit etwas Abstand betrachtet - ja klar, dass die EL-Kosten entstehen und dass sie getragen werden müssen. Die Frage ist nur, welche Gebietskörperschaften schlussendlich die Kosten tragen. Es geht also zusammengefasst nur noch um eine Verteilung, also darum, wer schlussendlich die Kosten tragen soll. Wenn man sagt, dass die Kosten in jedem Fall der Kanton tragen muss, dann führt das in der jetzigen Finanzlage des Kantons automatisch dazu, – und in der Frage lässt sich der Redner wie er sagt von der Landratsdebatte leiten – dass die Steuern vom Kanton erhöht werden. Bezogen auf Binningen bewirkt das folgendes: Es heisst, dass „wir“ wieder in Zugzwang kommen, in Bezug auf unsere Steuern, weil die Gemeinde Binningen ja dem Kanton angehängt ist. Dann hätte man plötzlich mehr Steuereinnahmen, die man ja so gar nicht beschlossen hatte. Man müsste wieder Steuersenkungen machen. Er möchte das einfach einmal in den Raum stellen. Er hält es für nicht sinnvoll, dass Diskussionen von „linke-Tasche-rechte-Tasche“ geführt werden. Es ist sinnvoll, dass die Entscheidungen, betreffend Verteilung EL-Leistungen, auf der richtigen

Ebene geführt werden. Die FDP-Fraktion stimmt grossmehrheitlich dafür, dass die Initiative der Gemeinde Binningen nicht unterstützt werden soll.

Jürg Blaser, SVP erklärt, dass seine Fraktion den Anträgen in Punkt 1 und 2 zustimmt, während sie die Punkte 3 und 4 zur Kenntnis nimmt. Dass die finanzielle Situation des Kantons Baselland nicht gut ist, ist allgemein bekannt. Es kann jedoch nicht sein, dass der Regierungsrat sich noch im November 2015 dazu verpflichtet hat, den geschuldeten Betrag von CHF 45 Mio. bei gegebener Gesundung der Kantonsfinanzen den Gemeinden zu vergüten und der Landrat zwei Monate später nur noch einen einmaligen und abschliessenden Betrag von CHF 15 Mio. zahlen möchte. Dass jetzt eine Gemeindeinitiative lanciert werden muss, um eine einmal beschlossene Zusage einzuhalten, ist aus Sicht der SVP-Fraktion bedenklich. Die Kompensation der EL-Leistung durch den Kanton stellt für die Gemeinden eine erhebliche Einnahme dar und muss daher vergütet werden. Dass sich der Kanton bis 2020 Zeit lassen kann, um die restlichen CHF 30 Mio. zu bezahlen, stellt eine grosszügige Geste seitens der Gemeinden dar und zeigt deren Bereitschaft, dem Kanton in der schwierigen Situation zu helfen. Wenn die finanzielle Situation des Kantons wirklich so schlecht ist, sollte über zusätzliche Einnahmen nachgedacht werden. Bsp. könnte die Anzahl der Verlustscheine von Personen, die die Steuern nicht bezahlen, reduziert werden und es sollte darüber nachgedacht werden, wie man dies bewerkstelligen könnte.

Rahel Bänziger Grüne / EVP möchte Christoph Maier Recht geben. Die Ebene, auf der der Entscheid getroffen worden ist, ist der Landrat. Aber es ist durchaus legitim, dass die Gemeinden, wenn sie mit einem Entscheid des Landrats nicht einverstanden sind, rechtliche Mittel ergreifen, gegen den Entscheid. Und es ist genau das, was momentan hier passiert. Die Gemeinden ergreifen ihre legitimen rechtlichen Mittel gegen den Entscheid. In einer Demokratie ist so etwas möglich. Und das ganze hat halt wirklich eine Vorgeschichte und diese – *wirft sie Christoph Maier vor* – hat Christoph Maier teilweise etwas ausgeblendet. Sie findet, der Name der Initiative stimmt durchaus, denn es geht um eine Fairness-Initiative. Entsprechend kommen die Gemeinden dem Kanton entgegen, indem sie nicht auf einer sofortigen Zahlung beharren. Das ist doch eigentlich fair, unterstreicht die Rednerin.

Sven Inäbnit, FDP findet es im Zusammenhang mit der Fairness-Initiative erstaunlich, dass man auch auf dieser Ebene auf Titelgeschichten einsteigt, im Sinne von einseitiger Bezeichnung von Initiativen. Die Fairness-Initiative hat nämlich auch eine andere Seite, die er erwähnen möchte, aus dem Landrat heraus, die in der Vorlage vom Gemeinderat erstaunlicherweise nicht beschrieben wird. Erstens lag gar kein Beschluss vor, die Regierung kann kein Versprechen abgeben, wenn kein Beschluss vom Landrat vorliegt. Der Beschluss für die Rückzahlungen war damals eine einseitige Absichtserklärung vom Regierungsrat, aus absolut gerechtfertigter Sicht natürlich, das ist klar. Aber die Situation hat sich finanziell ganz dramatisch geändert. Und wenn man die CHF 45 Mio. verpflichtet hätte, zu zahlen, wäre das Eigenkapital des Kantons so stark gesunken, dass es automatisch eine Steuererhöhung auf kantonaler Ebene gegeben hätte. Im Landrat sitzen gefühlt ungefähr 30 Landräte oder nahe Gemeindevertreter, von denen sich nur ein Teil gewehrt hat. Ein Teil hat gesagt, dass man in dem Fall eine gemeinsame Verantwortung tragen muss, zwischen Kanton und Gemeinden. Der Redner erinnert daran, dass die Pensionskassensanierung vom Kanton mit 240 Mio. zugunsten der Gemeinden unterstützt worden war. Aus dem Grund ist die Debatte im Landrat schon hin- und hergegangen, inwiefern die ursprünglich beabsichtigte Zahlung hätte gemacht werden sollen. Einheitlich war die Meinung, dass es so unschön ist. Aber jetzt muss man zusammenstehen und die Lasten gemeinsam tragen. Es geht auch darum, dass man die Vergangenheit abschliesst – *der Redner korrigiert sich* - Entschuldigung – dass man die Zukunft genau regelt, wie das jetzt gehen soll. Die Vergangenheitsbewältigung muss man in dem Sinne jetzt einfach offen lassen. Aus dem Grund kann er persönlich sicher nicht anders stimmen, als es dies im Landrat des Langen und Breiten debattiert wurde und es danach zu dem besagten Beschluss gekommen ist. Selbstverständlich ist eine Gemeindeinitiative unbenommen, als rechtlicher Punkt zu behandeln. Die FDP hat nie bemängelt oder kritisiert, dass dieses Instrument letztendlich gewählt werden kann. Aber aus Binner Sicht ist es verantwortungsvoll, wenn man auch den ganzen Aspekt anschaut und nicht nur einseitig sagt, dass der Kanton die Gemeinden über den Tisch gezogen hat.

Bettina Benthous, SP möchte auf einen offiziellen, offensichtlichen Fehler hinweisen. Auf der zweiten Seite heisst es nämlich: „...eine Rückerstattung von CHF 30 Mio. pro Einwohner...“ . Sie würde das Geld eigentlich auch gerne nehmen, aber sie interpretiert das so, dass damit gemeint ist, dass es ja eigentlich an alle Gemeinden geht. (Schmunzeln im Saal)

Mike Keller, Gemeindepräsident, FDP bedankt sich herzlich für die Auseinandersetzung zu dem Thema und auch für die mehrheitlich positive Aufnahme. Wenn man sich zurückerinnert, an die eigene Spardebatte, die im Rat erst kürzlich geführt wurde, wenn man diese Phantasie hätte umsetzen können, die der Kanton bei seinem Sparpaket letzten Sommer in Umlauf gebracht hat, dann hätte man auch andere Wege und Möglichkeiten gesehen. Ihn dünkt es wichtig, dass man mit der Ausgangslage versucht hat, das eigene Budget in Ordnung zu bringen. Und dies mit Möglichkeiten, die man entweder selber beeinflussen konnte oder bei denen das Gespräch mit anderen gesucht wurde, und auch in entsprechenden Lösungen gedacht wurde. Im vorliegenden Fall ist es anders passiert. Und das wurde auch erwähnt. Es handelt sich um einen Beschluss des Landrats. Das der Landrat in dem Fall aber einseitig beschlossen hat, ist die Krux an der ganzen Sache. Und das ist auch der Punkt, der unter dem Titel „Fairness“ zu der Initiative geführt hat. Es finden noch immer Gespräche statt, versichert der Gemeindepräsident. Er hofft ganz fest, dass es auch gelingt, dass die Initiative nicht bis vor die Urne gebracht werden muss. Er hofft, dass man zusammen mit dem Kanton, im Interesse beider Seiten, eine Lösung findet. Aber wenn sich der Kanton endgültig und absolut quer stellt, dann bleibt den Initianten nichts anderes übrig. Und da kommt auch wirklich der Titel „Fairness“ zum Tragen. Abschliessend möchte der Gemeindepräsident folgendes festhalten: Wenn der Kanton auf dem Weg das Gefühl hat, dass er seine Finanzen sanieren kann, dann findet er persönlich dies dem Steuerzahler gegenüber höchst unfair. Denn die Steuerzahler haben mit ihren Gemeindesteuern das Geld bezahlt. Wir haben das Geld nicht zur Verfügung. Wenn jetzt auf dem Weg – und das muss man sehen – wir mit unserer Spardebatte haben eine Steuererhöhung beschlossen – hätten wir – und im Fall von Binningen geht es um eine Grössenordnung von CHF 1,6 bis 1, 8 Mio – hätten wir das Geld zur Verfügung, dann hätten wir das bei der Diskussion in die Waagschale werfen können, so glaubt er nicht, dass eine Steuererhöhung in Binningen beschlossen worden wäre. Deshalb, wenn der Kanton also finanzielle Probleme hat, und das ist offensichtlich, dann muss er diese direkt lösen und nicht auf dem Wege, dass man den Gemeinden etwas nicht zurückerstattet, das eigentlich – bis zu dieser Sparaktion – für alle klar gewesen ist. Aus dem Grund bedankt sich der Gemeindepräsident herzlich für die positiven Voten. Er nimmt das gerne mit auf den Weg. Er verspricht, dass er sich für eine gütliche Lösung einsetzt, bei der die Interessen vom Kanton auch mitberücksichtigt werden.

BESCHLUSS

- ://:** 1. Der Einwohnerrat beschliesst, die formulierte Gemeindeinitiative „für eine faire Kompensation der EL-Entlastung (Fairness-Initiative)“, zu unterzeichnen.
(32 Ja, 5 Nein, 0 Enthaltungen)
- ://:** 2. Der Einwohnerrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Wortlaut des Initiativbegehrens; dieser lautet:
§ 15c des Finanzausgleichs-Gesetzes vom 25. Juni 2009 (SGS 185) ist mit einem Abs. 1^{bis} wie folgt zu ergänzen:
Leistungen des Kantons, Ergänzungsleistungen
1^{bis} Zur Kompensation der EL-Entlastung des Kantons durch die kommunale Pflegefinanzierung in den Jahren 2011-2015 erstattet der Kanton den Einwohnergemeinden bis Ende des Jahres 2020 insgesamt CHF 45 Mio. An diesen Betrag wird die Zahlung von CHF 15 Mio. gemäss Beschluss des Landrats vom 28. Januar 2016 angerechnet.
(grossmehrheitlich Ja)
- ://:** 3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Initiative notwendigenfalls zurückzuziehen.
(grossmehrheitlich Ja)
- ://:** 4. Federführend ist die Gemeinde Reinach.

(grossmehrheitlich Ja)

Karl Heim, CVP möchte zu Beschluss Punkt 3 nachträglich bemerken, dass es doch eigentlich präzise heissen müsste: ...die Unterstützung der Initiative zurückzuziehen...? Denn die Gemeinde Binningen ist ja nicht Initiant..?

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP erklärt, dass es darum geht, dass für den offiziellen Rückzug der Initiative, danach auch wieder Beschlüsse der Gemeinden, die für die Initiative gestimmt haben, vorliegen müssen. Das ist ein vorsorglicher Beschluss, der allein mit der Zeit zu tun hat. Weil es ja meistens etwas ist, dass man Zug-um-Zug macht, d. h. wenn jetzt bsp. seitens vom Kanton ein Angebot vorliegt, dann sagt man „wenn ihr das so beschliesst, dann ziehen wir zurück“. Und das ganze wird vorbereitet und das man dort Reaktionszeit hat, deshalb braucht es diesen Beschluss.

Traktandum 6

Nr. 186

Postulat G. Löhr, SP und S. Keller, SVP: Mobile Jugendsozialarbeit

Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.

Traktandum 7

Nr. 187

Postulat SP und Grüne / EVP: Konkretisierung der gesetzlichen Grundlagen zur konsequenten Umsetzung des Verbots sexistischer Plakatwerbung

Die Behandlung des Geschäfts wurde verschoben.

Diversa

Keine Diversa.

Die Sitzung endet um 22:06 Uhr

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 20. Juni 2016, 19.00 Uhr.